



Fitness-Check deutscher Alpenraum

Herausforderungen für die kommunale und regionale Entwicklung



bosch & partner

Fitness-Check deutscher Alpenraum

Herausforderungen für die kommunale und regionale Entwicklung

Studie im Rahmen des INTERREG IIB-Projekts DIAMONT finanziert durch:



Bayerisches Staatsministerium für
Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz



Impressum

Fitness-Check Deutscher Alpenraum
Herausforderungen für die kommunale und regionale Entwicklung
erstellt im Rahmen des INTERREG IIIB-Projekts DIAMONT

finanziert durch:
Alpenraumprogramm im Rahmen der Europäischen Gemeinschaftsinitiative INTERREG IIIB
Ministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, Berlin
Bayerisches Staatsministerium für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz, München

Herausgeber: Bosch & Partner GmbH
Josephspitalstraße 7
80331 München
www.boschpartner.de

Autoren: Konstanze Schönthaler
Elisabeth Fisel
Stefan von Andrian-Werburg

in Kooperation mit: Andreas Raab, Regionalplanung, München

Gestaltung und Layout: Planungsbüro Blum, Freising
Ursula Blum, Grafikdesign

Druck: Ellwanger Druck und Verlag GmbH
Maximilianstraße 58-60
95444 Bayreuth

Stand: März 2008

Die Broschüre kann kostenfrei bezogen werden bei:
Bosch & Partner GmbH
Josephspitalstraße 7
80331 München

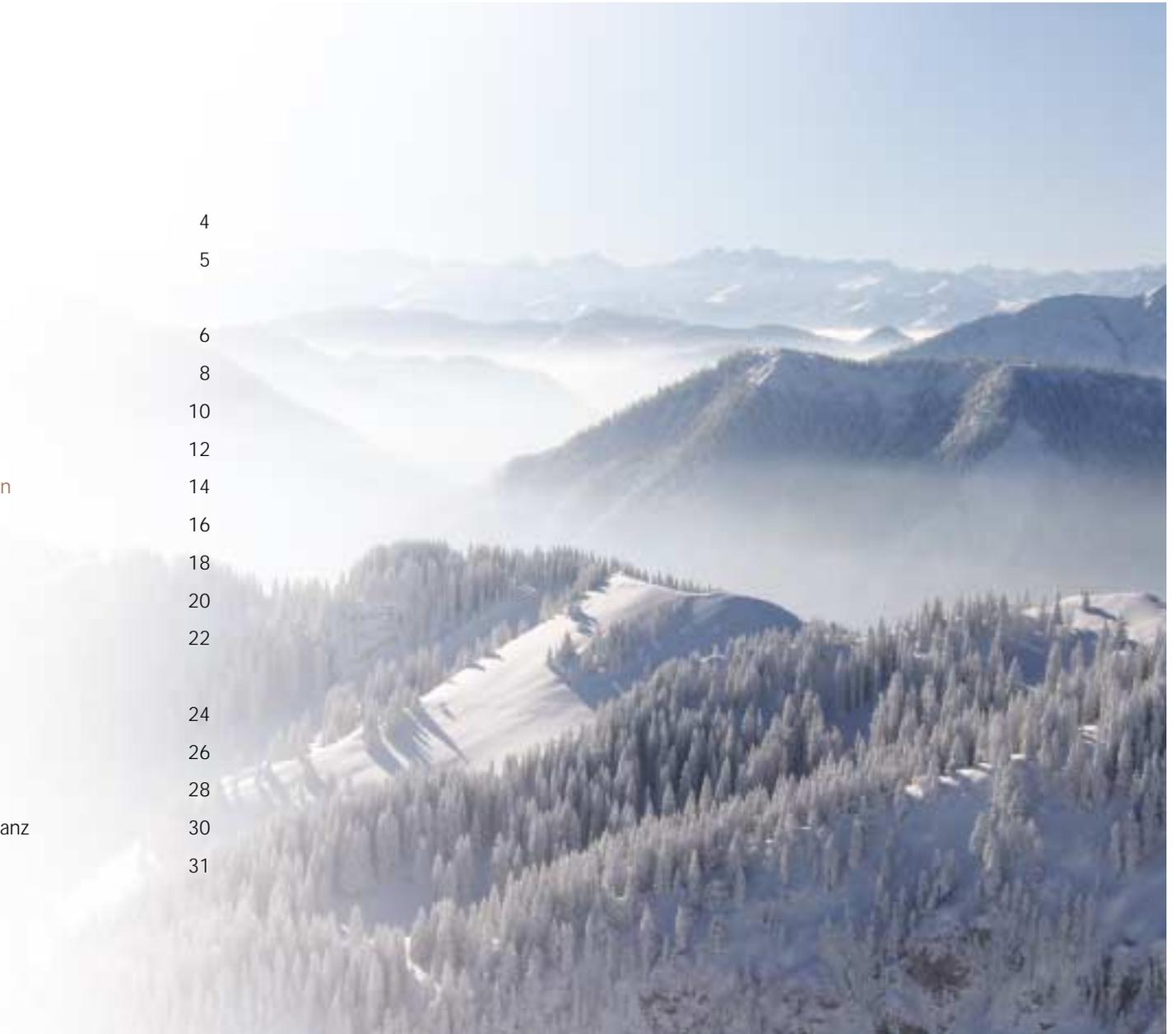
Bildnachweis

Fotos: Ursula Blum (Titel)
Matthias Drösler (S. 3)
Markus Dinnebier (S. 10)
Hildegard Schönthaler (S. 12)
Elisabeth Fisel (S. 16)
Stefan von Andrian-Werburg (S. 20, 25)
Andreas Fisel (S. 22)
Konstanze Schönthaler (S. 30, 31.2, 32)
Andreas Raab (S. 31.1)

Kartengrundlagen: Gemeinde- und Landkreisgrenzen: Gemeindegrenzen Deutschland
Detail, dds - digital data service, Karlsruhe 2007
Staatsgrenzen: eurogeographics
Städte: Gemeindemittelpunkte, Bayerisches Landesamt für Statistik
und Datenverarbeitung, München 2007; eigene Bearbeitung
Topographie: Global shaded relief, NASA, NGA, USGS EROS, ESRI
Flüsse: CCM River and Catchment Database JRC - IES, © European
Commission - JRC 2003 - 2007
Seen: Corine Land cover 2000, European Environment Agency,
Copenhagen

Inhalt

Vorwort	4
DIAMONT - ein INTERREG IIIB-Projekt	5
Bevölkerungsentwicklung	6
Bevölkerungswanderung	8
Demographische Alterung	10
Beschäftigungsrate	12
Beschäftigte in urbanen Dienstleistungsbranchen	14
Entwicklung der Siedlungs- und Verkehrsfläche	16
Effizienz der Flächeninanspruchnahme	18
Kaufkraft	20
Finanzlage der Gemeinden	22
Zusammenfassen - Beschreiben - Vergleichen	24
Gemeindetypen	26
Typen von Urbanisationszonen	28
Von der Einzelgemeinde zur zukunftsfähigen Allianz	30
DIAMONT - aktiv im Oberallgäu	31
Anhang	
Literaturverzeichnis	
Gemeindeverzeichnis (zum Ausklappen)	



Vorwort

Die Entwicklung planerischer und steuernder Maßnahmen in der Kommunal- und Regionalentwicklung ist auf verlässliche, präzise und verständliche Information angewiesen. Quantitative Daten verfügbar zu machen und in der Zusammenschau auszuwerten und zu bewerten, kann hierzu einen wichtigen Beitrag leisten. Nur wenn eine Region oder Gemeinde konkret weiß, wo sie - auch im Vergleich zu anderen Regionen oder Gemeinden - steht, kann sie zielgerichtete Maßnahmen zur Förderung ihrer weiteren Entwicklung ergreifen.

Dennoch sind quantitative Daten in der Regel nicht der Weisheit letzter Schluss. Insbesondere in der Auseinandersetzung mit Daten für die kommunale Ebene wird immer wieder deutlich, wie differenziert Entwicklungen einzuordnen und zu bewerten sind, wie verschieden ihre Ursachen sein können und wie individuell zukunfts-gestaltende Lösungen an die jeweilige Gemeinde oder Region anzupassen sind.

Für die in dieser Broschüre zusammengestellten Karten wurden ausgewählte Indikatoren der Raumentwicklung für den deutschen Alpenraum berechnet. Die Arbeiten waren Bestandteil des INTERREG IIB-Projekts DIAMONT. Die Karten ermöglichen Ihnen eine Einschätzung, wie sich die Situation oder Entwicklung Ihrer eigenen Gemeinde oder Region im Vergleich zu anderen darstellt.

Die Diskussion um die Aussagekraft der Daten und ihre mögliche Interpretation haben wir bereits mit zwei Workshops in der Region Immenstadt / Sonthofen eingeleitet. Außerdem haben wir in nahezu 40 Telefoninterviews mit Gemeindevertretern ergänzende Informationen und erklärende Einschätzungen eingeholt. Wir können Ihnen daher am Beispiel einzelner Gemeinden einen kleinen Einblick geben, welche Hintergründe zu bestimmten Indikatorwerten geführt haben.

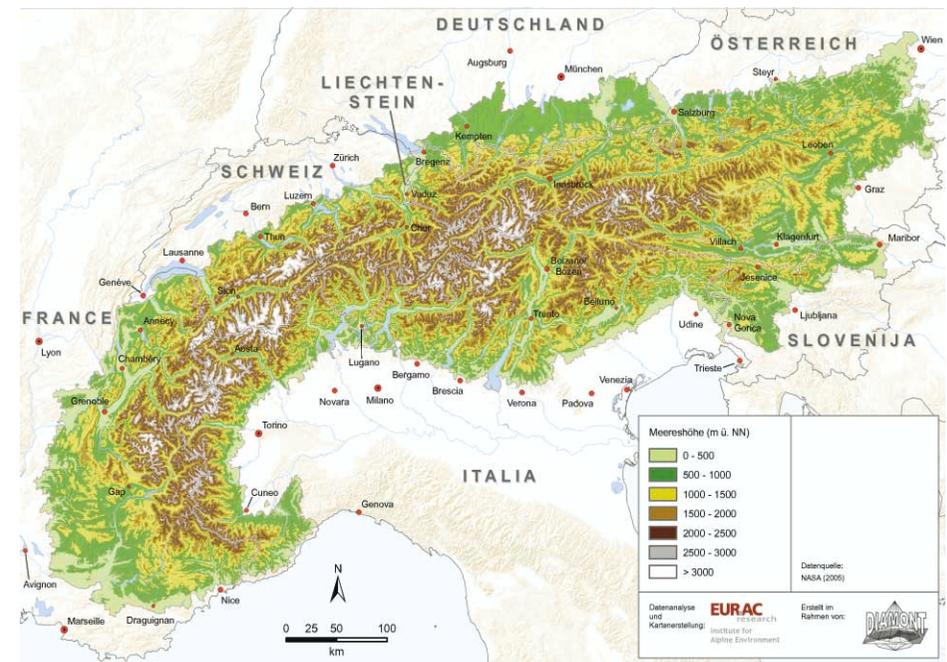
Allen Gemeindevertretern, mit denen wir Interviews geführt haben, sei an dieser Stelle herzlich für ihre Auskunftsfreude gedankt. Allen Lesern und Leserinnen dieser Broschüre wünschen wir eine anregende Lektüre und lebhaft Diskussionen.

Der deutsche Alpenraum

Als Bezugsraum für die nachfolgenden Analysen wurde der deutsche Geltungsbereich der Alpenkonvention festgelegt. Die Konvention ist ein internationales Übereinkommen zum Schutz des Naturraums und zur Förderung der nachhaltigen Entwicklung in den Alpen. Sieben Alpenstaaten und die Europäische Union haben die Rahmenkonvention im November 1991 in Berchtesgaden unterzeichnet, Deutschland hat sie 1994 ratifiziert.

Der deutsche Alpenraum umfasst gemäß der Konvention mit insgesamt 11.152 km² die Landkreise Lindau, Oberallgäu, Ostallgäu, Weilheim-Schongau, Garmisch-Partenkirchen, Bad Tölz-Wolfratshausen, Miesbach, Rosenheim, Traunstein und Berchtesgader Land sowie die kreisfreien Städte Kempten, Kaufbeuren und Rosenheim. Er umfasst zwar lediglich 15,8 % der bayerischen Staatsfläche, ist aber dennoch ein Raum, der aufgrund seiner naturräumlichen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Ausgangssituation besondere Aufmerksamkeit verdient.

Geltungsbereich der Alpenkonvention¹



DIAMONT - ein INTERREG IIB-Projekt



INTERREG III ist eine Gemeinschaftsinitiative der Europäischen Union. Sie soll durch grenzüberschreitende Projekte die interregionale Kooperation innerhalb der Europäischen Union anregen und ausbauen. Das INTERREG IIB Alpenraumprogramm ist Bestandteil der Initiative und ermöglichte zwischen 2001 und 2006 die Förderung von 58 transnationalen Projekten mit Partnern aus den EU-Mitgliedsstaaten Österreich, Frankreich, Deutschland, Italien und Slowenien sowie den zwei Nicht-EU-Mitgliedstaaten Liechtenstein und der Schweiz. Ziel des Alpenraumprogramms ist es, mit der Verbesserung der transeuropäischen Zusammenarbeit zu einer ausgewogenen und nachhaltigen Entwicklung des Alpenraums beizutragen. Das Programm wird durch den Europäischen Fonds für Regionale Entwicklung (EFRE) finanziert.

In der Priorität 1 des Alpenraumprogramms „Raumplanung und Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit“ war DIAMONT eines von insgesamt 25 geförderten Projekten. Es wurde von März 2005 bis März 2008 unter der Leitung der Leopold-Franzens-Universität Innsbruck, Institut für Geographie und unter Beteiligung von sieben weiteren Partnern in Italien, Deutschland, Frankreich, Slowenien und der Schweiz durchgeführt. Der deutsche Beitrag wurde vom Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit sowie vom Bayerischen Staatsministerium für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz kofinanziert.

DIAMONT: wichtige Tendenzen in der Raumentwicklung der Alpenstaaten erkennen und Handlungsoptionen entwickeln

DIAMONT „Data Infrastructure for the Alps: Mountain Orientated Network Technology“ hatte zum Ziel, Daten und Indikatoren zur Erfassung wichtiger Tendenzen in der Raumentwicklung der Alpenstaaten sowie Instrumente zu deren Steuerung verfügbar zu machen. Das Projekt leistet damit einen wichtigen Beitrag zum Aufbau des alpenweiten Beobachtungs- und Informationssystems (ABIS),

das in Zukunft vergleichende Darstellungen zum Status und zur Entwicklung der Alpenstaaten ermöglichen soll. Der Aufbau des ABIS wird im Rahmen der Umsetzung der Alpenkonvention vorangetrieben.

<http://diamont.uibk.ac.at>
www.alpenkonvention.org

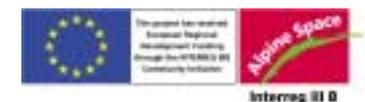
Bestandteil des deutschen Beitrags zum DIAMONT-Projekt war unter anderem eine Analyse zur Entwicklung der Gemeinden im deutschen Teil des Alpenkonventionsgebiets. Sie diente der Erprobung der in DIAMONT vorgeschlagenen Indikatoren zur Charakterisierung sozioökonomischer Prozesse der Regionalentwicklung. Im Vordergrund stand die Frage, ob sich die Gemeinden, insbesondere die städtischen Zentren und ihr Umland, eher dynamisch oder stagnierend entwickeln.

Die Analysen machen deutlich, dass der deutsche Alpenraum ein in sich außerordentlich heterogenes Gebilde ist. Die Gemeinden in den nördlichen Landkreisen Weilheim-Schongau, Bad Tölz-Wolfratshausen, Miesbach und Rosenheim gehören teilweise zum Einzugsbereich der Metropole München. Sie profitieren von der Nähe des dynamischen Arbeitsmarkts und der großstädtischen Dienstleistungen. Andere Gemeinden im Oberland oder im südlichen Allgäu haben es in der Vergangenheit verstanden, ihre hohe landschaftliche Attraktivität zu nutzen und sich als erfolgreiche Tourismusgemeinden zu vermarkten.

Wieder andere stehen vor der Herausforderung, individuelle Entwicklungsperspektiven zu erarbeiten.

Die vergleichende Darstellung der Gemeinden erweitert den Blick über die Grenzen der eigenen Gemeinde hinaus und hilft, nicht nur die Chancen und Risiken der eigenen Gemeinde sondern auch die Möglichkeiten und Ansatzpunkte für gemeinsame Entwicklungsstrategien und die übergemeindliche Zusammenarbeit besser zu erkennen.

Bayerisches Staatsministerium für
Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz



Bevölkerungsentwicklung

Im deutschen Alpenraum nimmt die Bevölkerung nach wie vor zu. Sie ist zwischen 2001 und 2005 um 1,8 % gewachsen. Damit ist die Steigerungsrate sogar höher als im Freistaat Bayern insgesamt, wo der Anstieg im gleichen Zeitraum 1,1 % betrug. Diese Zunahme beruht in Bayern wie im Alpenraum auf einer deutlichen Zuwanderung, denn die natürliche Bevölkerungsentwicklung war im gleichen Zeitraum leicht negativ.

Die Bevölkerung zeigt infolge verschiedener räumlicher Einflüsse ein charakteristisches Muster: Im Einflussbereich des Ballungsraums München, genauer einem Umkreis von etwa 60 km vom Stadtzentrum, wuchs die Bevölkerung besonders stark. Deutliche Zunahmen zeigen auch einzelne Gemeinden im Landkreis Lindau. In den südlichen Gemeinden ist dagegen eher eine abnehmende Tendenz zu beobachten, mit einem Bevölkerungsschwund in den südlichen Landkreisen Garmisch-Partenkirchen, Traunstein und Berchtesgaden.

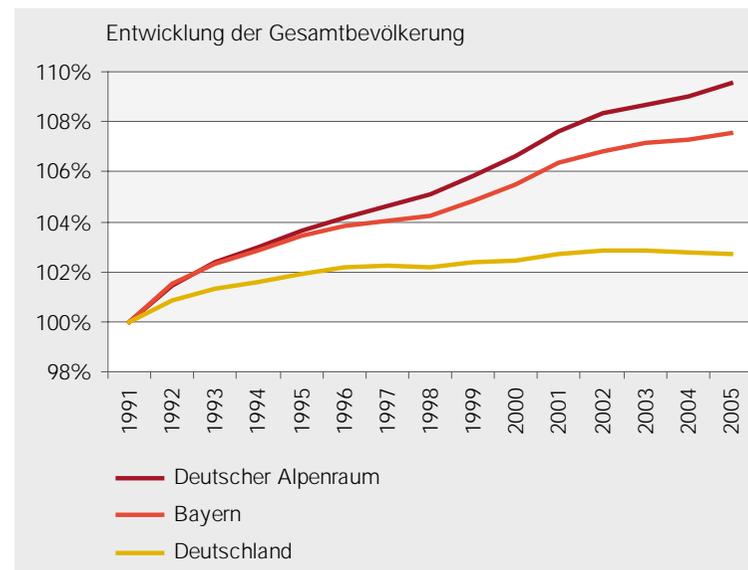
Außerdem sind stärkere Zunahmen häufig in der Nachbarschaft von Städten mit größerer wirtschaftlicher Bedeutung zu beobachten, während diese Städte selbst, bis auf Buchloe (54) und Bad Reichenhall (278), lediglich ein geringes Bevölkerungswachstum verzeichnen oder vor allem im Westen des Untersuchungsgebiets leicht zurückgehende Einwohnerzahlen haben. Dies kann darauf zurückzuführen sein, dass das Wachstumspotenzial innerhalb der Stadtgebiete bereits erschöpft ist oder das Umland zum Wohnen attraktiver ist. Wie in anderen Regionen ziehen auch im deutschen Alpenraum Menschen, die Kinder haben oder eine Familiengründung planen, aus den Zentren der Stadtregionen in die ländliche Umgebung, während Personen ohne Kinder häufiger städtische Wohnstandorte bevorzugen. Mit der zunehmenden Mobilität übernehmen immer mehr Gemeinden und Städte bis in den südlicheren Teil des deutschen Alpenraums hinein neben Freizeit- auch Wohnfunktionen für Beschäftigte aus dem Ballungsraum München.

Berechnungen der Bertelsmann Stiftung prognostizieren bis zum Jahr 2020 vor allem für die städtischen Umfeldereine weitere Zunahme der Bevölkerung.² Erst danach wird es auch hier zu einem Rückgang

kommen. Anders lauten die Prognosen dagegen für einzelne Gemeinden unmittelbar am Alpenrand. Im südlichen Landkreis Garmisch-Partenkirchen muss bereits bis 2020 mit einem Rückgang um 2 bis 7 % im Vergleich zu 2003 gerechnet werden, in Gemeinden der südlichen Landkreise Oberallgäu und Miesbach um 7 bis 12 %, im südlichen Landkreis Berchtesgaden sogar um über 12 %.³

Gemeinden mit abnehmenden Bevölkerungszahlen sehen sich mit der Herausforderung konfrontiert, trotz verringerter Einwohnerzahlen eine angemessene infrastrukturelle Versorgung aufrecht zu erhalten. Dies ist eine wichtige Voraussetzung, um die Gemeinden sowohl als Wohn- als auch als Arbeitsort attraktiv zu halten. Gleichzeitig sind in besonderer Weise Angebote für junge Familien und für ältere Menschen zu entwickeln.

Im Vergleich zu Gemeinden mit rückläufiger Bevölkerung können wachsende Kommunen ihre wirtschaftliche Entwicklung grundsätzlich mit größerem Selbstbewusstsein steuern.⁴ Sie können ihre Qualitäten - unter anderem im infrastrukturellen Bereich - weiter stärken und damit die Identifikation der Bevölkerung sowie von Betrieben und Beschäftigten mit dem Standort festigen. Gerade in den wachsenden Gemeinden, die noch größeren Investitionsbedarf haben, ist eine gut koordinierte und an die künftigen demographischen Rahmenbedingungen angepasste Wohn- und Gewerbeflächenentwicklung von herausragender Bedeutung.



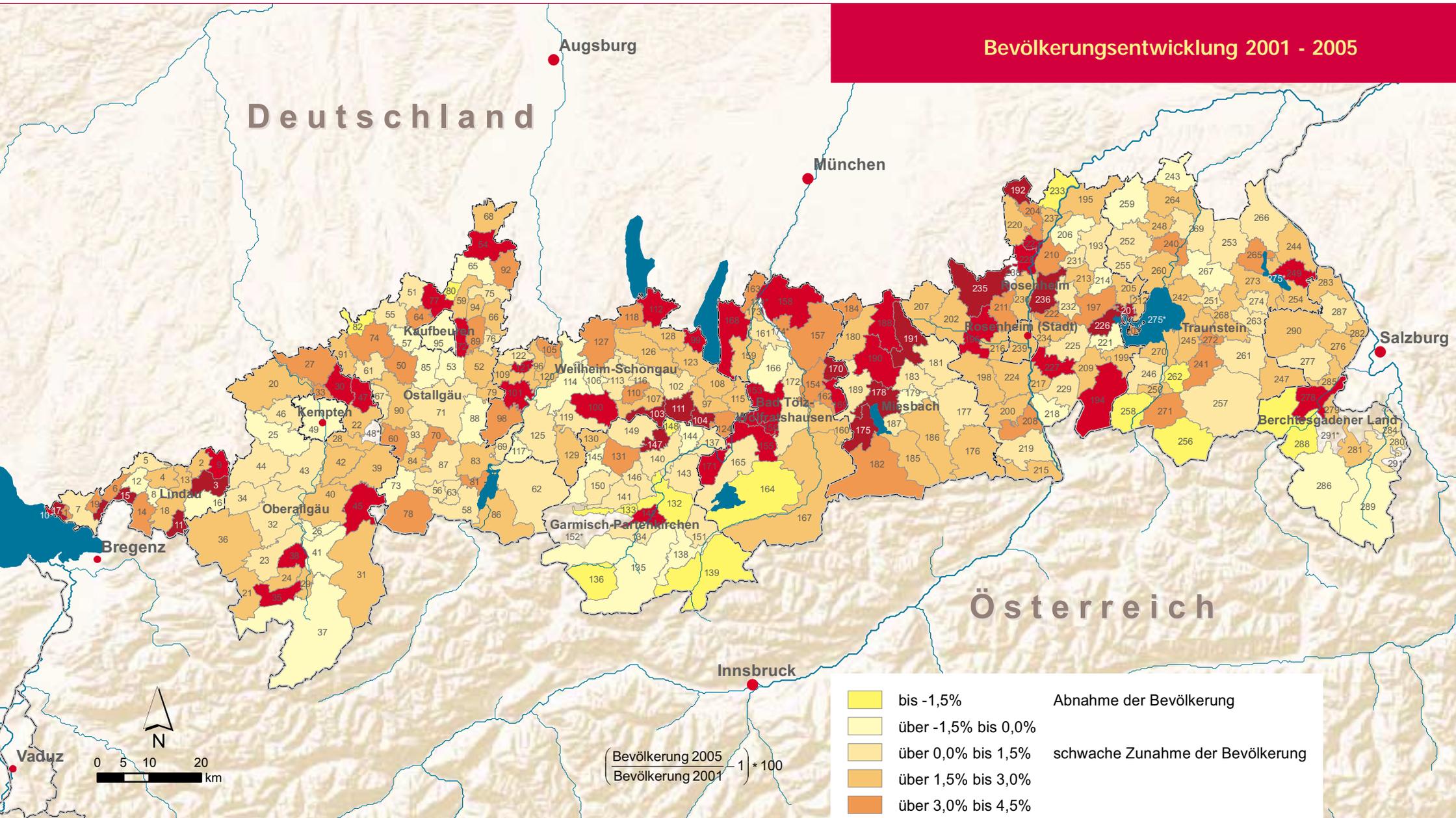
Obersöchering (111)

In der Gemeinde im Landkreis Weilheim hat, wie in ihren beiden Nachbargemeinden, die Bevölkerung bei geringer demographischer Alterung deutlich zugenommen. Hauptgrund für die günstige Entwicklung ist die Steuerung der Flächenentwicklung durch überschaubare und für Familien attraktive Einheimischenmodelle seit 1990. Wirtschaftlich erfolgreiche Arbeitgeber in den angrenzenden Gemeinden sorgen für eine hohe Nachfrage nach Miet- und Eigentumswohnraum.

Reit im Winkl (256)

Die Gemeinde im Landkreis Traunstein ist der typische Fall einer südlichen Alpenrandgemeinde mit langsamer, stetiger Abnahme der Einwohnerzahl seit etwa 10 Jahren. Hauptgrund ist die Abwanderung der jungen Bevölkerung. Es gibt wenige Arbeitsplätze für qualifizierte Erwerbstätige und kaum attraktive Ausbildungsmöglichkeiten. Größere wirtschaftliche Zentren sind relativ weit entfernt: „Wir sind im Eck hinten“. Symptomatisch ist, dass vor einigen Jahren als Einheimischenmodell ausgewiesene Baugrundstücke nur eine geringe Nachfrage auslösten.

Bevölkerungsentwicklung 2001 - 2005



Datenquelle:
 Bayerisches Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung: Fortschreibung des Bevölkerungsstandes, München 2007
 Bosch & Partner GmbH 2008: Fitness-Check deutscher Alpenraum

Bevölkerungswanderung

Migration, also eine längerfristige Wohnsitzveränderung, ist in der Regel eine aktive Entscheidung. Sie erwächst aus dem Bedürfnis, zum Leben einen Ort mit den bestmöglichen Bedingungen zu wählen. Hohe Zuwanderungsraten in Gemeinden sind stets Ausdruck ihrer hohen Attraktivität. Bayern ist innerhalb Deutschlands das Bundesland mit der höchsten Zuwanderungsrate. Auch im bayerischen Alpenraum wandern stetig sowohl junge als auch ältere Menschen zu.

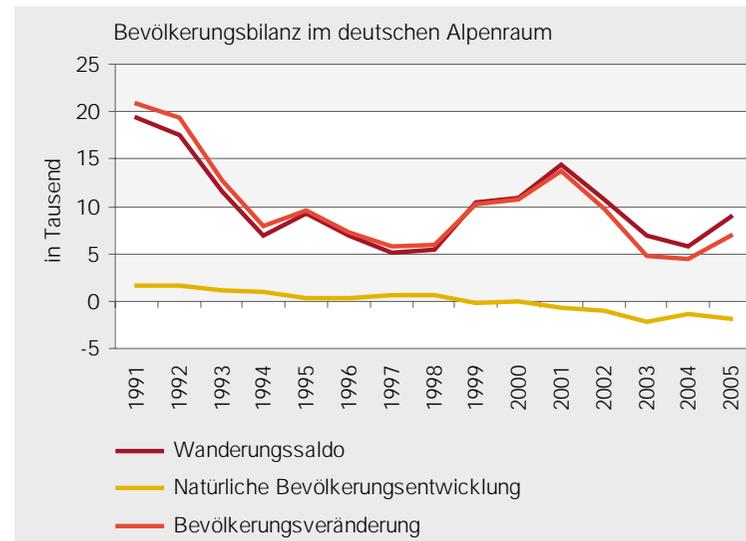
Die Gründe für Wanderungen sind häufig primär wirtschaftlicher Natur, aber auch die Lebensqualität in einer Region spielt eine Rolle. Die Daten zur Raubeobachtung 2005 weisen auf eine Zunahme gerade kleinräumiger Lebensstilwanderungen hin, für die die Ausstattungsqualitäten der Gemeinden entscheidend sind.⁵ Für die Binnenwanderung jüngerer Menschen und für Zuwanderer aus anderen Ländern ist insbesondere die wirtschaftliche Anziehungskraft der urbanen Zentren in der Alpenregion entscheidend. Finanzkräftige, flexible Menschen im Pensionsalter legen dagegen großen Wert auf die landschaftliche Attraktivität, ein hochwertiges kulturelles Angebot und vielfältige Möglichkeiten der Freizeitgestaltung bei gleichzeitig guter Erreichbarkeit von städtischen Zentren mit ihrem Dienstleistungsangebot. Die letztgenannten eher „weichen“ Standortfaktoren können allerdings auch für hochqualifizierte Erwerbstätige, die auf dem Arbeitsmarkt stark gefragt sind, ausschlaggebend für die Wahl ihres Wohnorts sein. So verschieden die Motive für Wanderungsbewegungen sind, so unterschiedlich sind deren wirtschaftliche und soziale Konsequenzen.

Mit zunehmender Einwohnerzahl steigt die Nachfrage nach sozialen und ökonomischen Dienstleistungen sowie nach Konsumgütern in der Gemeinde. Dies stärkt insbesondere ortsbezogene Wirtschaftszweige wie Einzelhandel, Kreditinstitute, Gesundheitsdienstleistungen oder die Gastronomie. Gleichzeitig erhöht sich die Nachfrage nach Immobilien und führt zu Wertsteigerungen. Durch Zuwanderung wächst grundsätzlich das Potenzial qualifizierter Arbeitskräfte vor Ort. Bevölkerungsentwicklung und Wanderungsbilanz beeinflussen somit

viele Faktoren wirtschaftlichen Wachstums, deren Entwicklungstendenzen sich häufig gegenseitig positiv oder negativ verstärken.

Neben einer erforderlichen Differenzierung der Zuwanderung junger und älterer Menschen ist auch die Zuwanderung ausländischer Staatsbürger bzw. von Menschen mit Migrationshintergrund ein Thema von wachsender Bedeutung. In früher weit verbreiteten Problemanalysen wurde immer wieder auf die erforderlichen Integrationsaufwendungen und deren häufiges Scheitern hingewiesen. Im Gegensatz dazu hat sich in den integrationspolitisch erfolgreichen Kommunen in den letzten Jahren die Perspektive durchgesetzt, dass die Migranten mit ihren unterschiedlichen Potenzialen ein Gewinn und eine Chance für das gesamte Gemeinwesen sind⁶, und dies insbesondere mit Blick auf den Überalterungstrend der Gesellschaft.

Angesichts der demographischen Entwicklung wird sich in den kommenden Jahrzehnten der Wettbewerb der Regionen insbesondere um junge und gut ausgebildete Arbeitskräfte unabhängig von ihrer Herkunft deutlich verschärfen. Auch zukünftig werden die beruflichen Entwicklungsmöglichkeiten entscheidend für den Umfang der Zuwanderung sein, aber auch das Image der Region, das Vorhandensein kreativer Milieus und eine hohe landschaftliche Attraktivität werden eine Rolle spielen⁴. Eine konstruktive Zusammenarbeit zwischen den Gemeinden einer Region wird ausschlaggebend dafür sein, dass sie sich mit ihren jeweiligen Angeboten sinnvoll ergänzen und nicht konkurrierend auftreten.



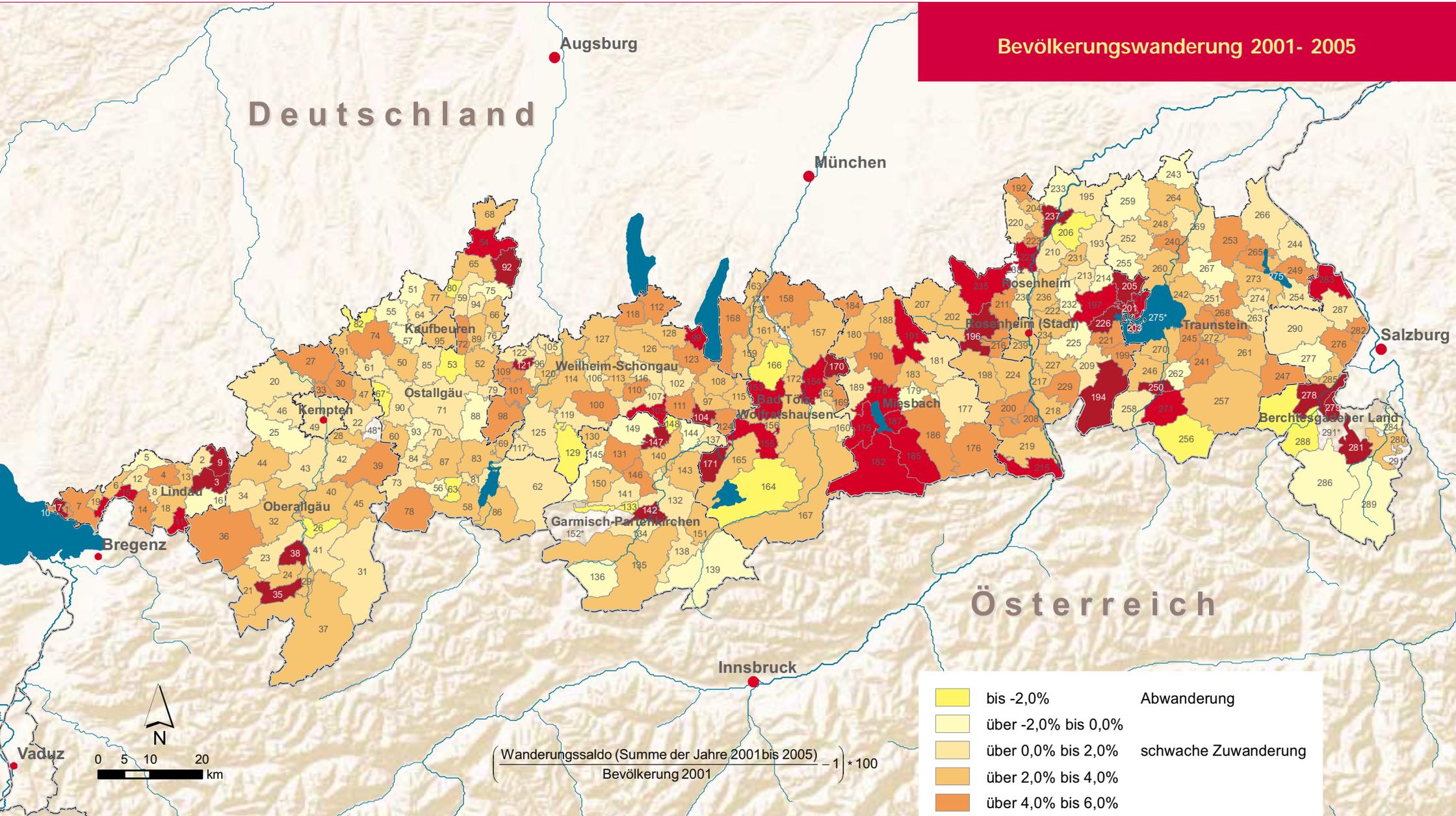
Grünenbach (3)

In der Gemeinde im östlichen Landkreis Lindau ist das Durchschnittsalter besonders niedrig. Aufgrund ihrer geographischen Lage ist sie ein attraktiver Wohnstandort mit guter Erreichbarkeit von Arbeitsstätten im Bodenseegebiet und im Landkreis Kempten, aber auch in Richtung Norden nach Isny/Württemberg, wo die Baulandpreise im Vergleich deutlich höher sind. Um attraktiv zu bleiben und die Ansiedlung junger Familien zu begünstigen, hat die Gemeinde intensiv in Infrastruktur, Schulen und Kindergärten investiert und eine neue Ortsdurchfahrt erstellt.

Königsdorf (166)

Trotz ihrer Lage im wachstumsstarken Umland von München (Landkreis Bad Tölz-Wolfratshausen) zeigt die Gemeinde eine negative Wanderungsbilanz. Hierzu hat maßgeblich beigetragen, dass nach der Wiedervereinigung und den Balkankonflikten Anfang der 1990er Jahre besonders viele teils hochqualifizierte Einwanderer zugezogen sind, die insbesondere im Gastgewerbe tätig waren. Viele davon sind Anfang dieses Jahrzehnts an andere Orte gezogen oder in ihre Heimat zurückgekehrt.

Bevölkerungswanderung 2001- 2005



Datenquelle:
 Bayerisches Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung: Wanderungsstatistik, München 2007
 Bosch & Partner GmbH 2008: Fitness-Check deutscher Alpenraum

Demographische Alterung

Alternde Gesellschaften sind ein weit verbreitetes Phänomen in allen westlichen Industrieländern, und Alterungsprozesse sind aufgrund ihrer ausgeprägten sozio-ökonomischen Auswirkungen zu einer der bedeutendsten Zukunftsfragen geworden. Hauptursachen für die Alterung sind zum einen sinkende Geburtenzahlen. Frauen in Deutschland bekommen durchschnittlich weniger Kinder oder bleiben zunehmend kinderlos, vor allem wenn sie intensiv in den Erwerbsprozess eingebunden sind. Eine spätere Partnerbindung und Familiengründung tragen ebenfalls zu einer geringen Kinderzahl bei. Zum anderen steigt die Lebenserwartung weiterhin an. Sie ist nicht nur Ergebnis einer leistungsfähigen Gesundheitsfürsorge, sondern erwächst auch aus dem inneren Frieden, dem relativem Wohlstand und der Existenz einer breiten Mittelschicht in Deutschland. Prognosen zufolge werden bei gleichbleibender Geburtenrate ab 2020 die Jungen doppelt so viele Rentner finanzieren und fast doppelt so viele Güter und Dienstleistungen für die ältere Generation herstellen müssen wie heute. Im Jahr 2050 wird der Anteil der 65-Jährigen in Bayern beinahe doppelt so hoch sein wie heute.⁷

Der deutsche Alpenraum ist von der demographischen Alterung in hohem Maße betroffen, allerdings mit deutlichen regionalen Unterschieden. In den südlichen, alpennahen Gemeinden aller Landkreise ist das Arbeitsplatzangebot begrenzt. Vielerorts konzentriert es sich auf Tourismusbranchen wie Gastronomie und Hotellerie und ist nur bedingt für junge, hochqualifizierte Arbeitskräfte und nach Weiterbildung strebende Schulabgänger attraktiv. Viele dieser jungen Menschen verlassen die Region und gehen damit auch als künftige Elterngeneration verloren. Hinzu kommt, dass sich in der Vergangenheit wie heute Menschen im Pensionsalter von der landschaftlichen Attraktivität und dem hohen Freizeitwert des Raums angezogen fühlen und sich in diesem Raum niederlassen. Die Überalterungstendenzen am Alpenrand sind deutlich erkennbar und lediglich in wenigen Gemeinden in den Landkreisen Oberallgäu, Bad Tölz-Wolfratshausen und Berchtesgadener Land etwas weniger ausgeprägt. Ähnliche Entwicklungen zeigen die Gemeinden im Umfeld der voralpinen Seen wie Lindau (7), Sees-

haupt am Starnberger See (123) und die westlichen Anliegergemeinden des Chiemsees. All diese Gemeinden sind landschaftlich reizvoll, haben aber gleichzeitig Zentrumsfunktionen. Sie haben sich dadurch zu attraktiven „Ruhestandsgemeinden“ entwickelt.

Die demographische Alterung hat weitreichende Auswirkungen auf den Wirtschafts- und Arbeitsstandort. Die spezifischen Konsumgewohnheiten und Bedürfnisse der älter werdenden Gesellschaft verändern den Warenbedarf und die Anforderungen an Dienstleistungen. Abschätzungen ergeben, dass unter anderem die Beschäftigung im Gesundheitssektor bis 2050 um ca. 7 % zunehmen wird, während sie im Verkehrssektor um etwa 5 % sinken wird.⁸

Um wettbewerbsfähig zu bleiben, gilt es, die Chancen der demographischen Alterung zu erkennen und zu nutzen. Da die geistig-soziale Kompetenz mit dem Alter zunimmt, sollte das Erfahrungswissen Älterer produktiv für Innovation und Leistungsstärke genutzt werden. Ebenso wird die frühzeitige Erkennung künftiger Produktmärkte - und hierzu zählen in besonderer Weise Waren und Dienstleistungen für Senioren - Wettbewerbsvorteile bringen.

Die stark alternden Gemeinden im südlichen Alpenraum nehmen hier bundesdeutsche Entwicklungen vorweg und könnten Modelle für erfolgreiche Anpassungsstrategien erproben. Dies gilt in besonderer Weise unter den derzeit noch günstigen Rahmenbedingungen mit vergleichsweise finanzkräftigen älteren Menschen in den Alpenrandgemeinden.

// Einige Heimbewohner sind zu uns gekommen, weil sie hier früher Urlaub gemacht haben. //

Markus Dinnebie, Leiter eines Pflegeheims in Oberstdorf



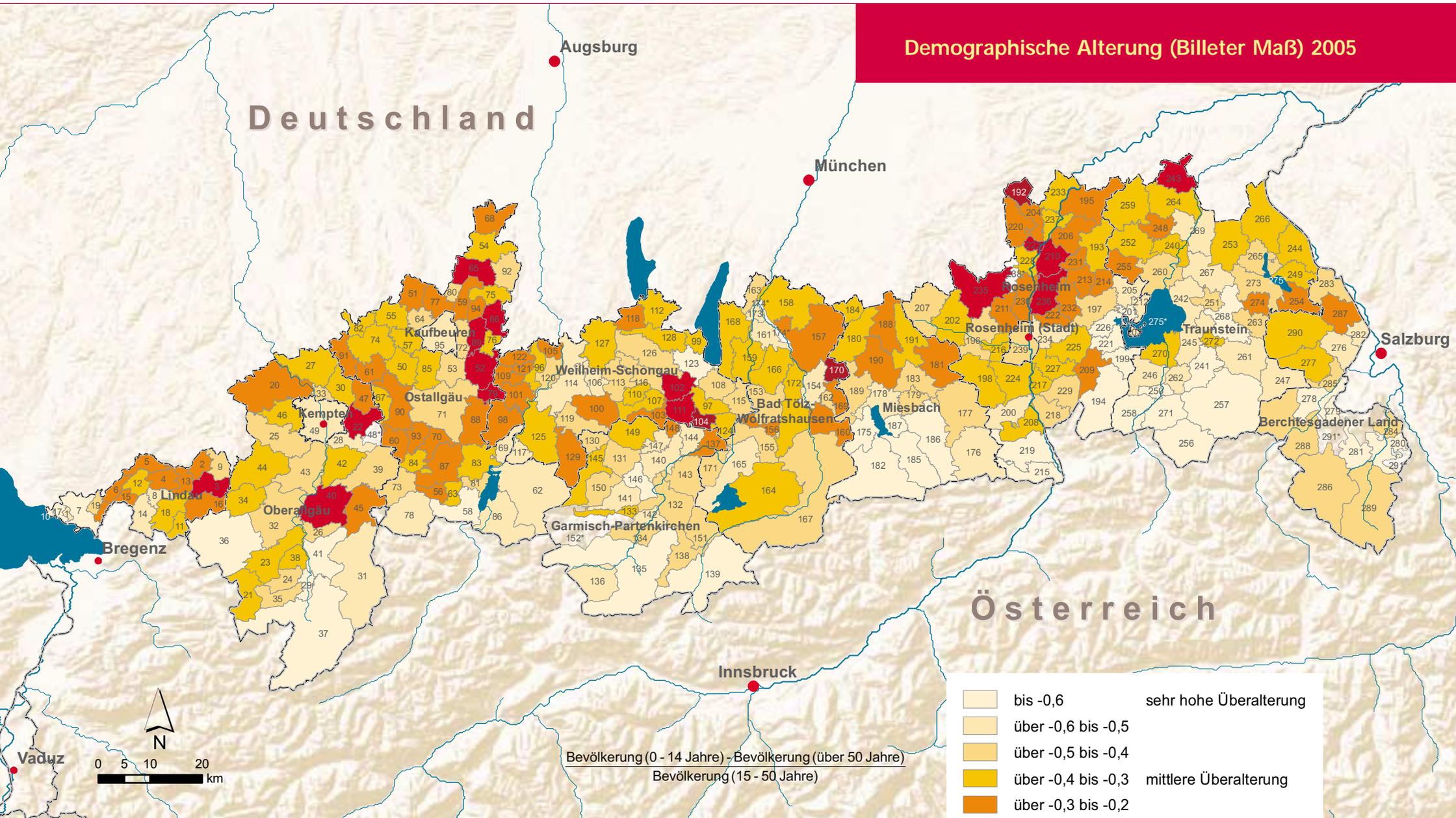
Rimsting (226)

Neben der Zuwanderung auch junger Leute haben der Neubau zweier Senioreneinrichtungen und die Erweiterung des bestehenden Altenheims für eine deutliche Zunahme der älteren Bevölkerung gesorgt. Die Nachfrage begründet sich unter anderem in der attraktiven Lage der Gemeinde am westlichen Chiemsee.

Warngau (190)

Die Gemeinde im Landkreis Bad Tölz-Wolfratshausen ist eine vergleichsweise „junge“ Gemeinde. Hauptgrund ist der umfangreiche Zuzug junger Familien. Die Gemeinde steuert den hohen Baudruck über einen frühzeitigen kommunalen Flächenerwerb zukünftigen Baulands. Über Einheimischenmodelle werden attraktive und bezahlbare Wohnbauflächen ausgewiesen, jedoch in einem Maß, das mit dem ländlichen Charakter der Gemeinde vereinbar bleibt.

Demographische Alterung (Bilaterer Maß) 2005



Datenquelle:
 Bayerisches Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung: Fortschreibung des Bevölkerungsstandes, München 2007
 Bosch & Partner GmbH 2008: Fitness-Check deutscher Alpenraum

Beschäftigungsrate

Die Bedeutung einer Kommune als Wirtschaftsstandort und damit auch als Beschäftigungsort hängt in erheblichem Maße von der Qualität ihrer Standortfaktoren ab. Diese können zum Teil auch kommunal beeinflusst werden. Zu Gunstfaktoren zählen außer der Qualität der örtlichen Infrastruktur und der Verfügbarkeit von Flächen auch das Verwaltungshandeln in der Gemeinde und die kommunale Wirtschaftsförderung. Gerade in den letzten 10 bis 15 Jahren gingen von Initiativen der kommunalen Beschäftigungspolitik entscheidende Impulse für die Arbeitsmarktentwicklung in ganz Deutschland aus. Sie reichten von der Beratungsleistung zur beruflichen Orientierung für Schüler bis zu Coaching-Programmen zur Förderung von Existenzgründungen.⁹

Betrachtet man die Veränderungen der Beschäftigungsrate in den Gemeinden des deutschen Alpenraums, so zeigt sich ein heterogenes Muster ohne erkennbare großräumige Einflussfaktoren. Eine signifikante Prägung durch die Nähe zur Metropole München ist nicht erkennbar. In zahlreichen Gemeinden hat die Beschäftigungsrate zwischen 1996 und 2004 um über 7,5 % zugenommen. Andere Gemeinden haben Abnahmen in der genannten Größenordnung zu verzeichnen und konnten ihre Position als Beschäftigungsort nicht halten. Hier sind gewisse regionale Häufungen mit abnehmender Beschäftigungsrate in den südlichen Landkreisen Garmisch-Partenkirchen und Miesbach, im östlichen Oberallgäu sowie im nördlichen Landkreis Ostallgäu zu erkennen.

Gerade die direkte Benachbarung von Gemeinden mit zu- und abnehmender Beschäftigungsrate legt eine stärker regionale Betrachtung der Arbeitsmarktsituation nahe. So kann der Rückgang der Beschäftigungsrate in einer Gemeinde auch von der Verlagerung eines Betriebs innerhalb einer Region herrühren, wenn beispielsweise eine Nachbargemeinde eine günstigere Infrastruktur zur Verfügung stellen kann. Für die Beschäftigten bedeutet dies dann nicht den Verlust ihres Arbeitsplatzes, sondern meist nur eine Veränderung ihres Arbeitswegs, für die ganze Region möglicherweise sogar eine Stärkung, da mit einer betrieblichen Erweiterung auch eine Zunahme des Arbeits-

platzangebots verbunden sein kann. Kommunale Beschäftigungspolitik sollte sich zum Ziel setzen, durch eine effektive übergemeindliche Zusammenarbeit Synergien zu stärken, eine aktive gewerbliche Standortentwicklung und -vermarktung zu betreiben und damit den regionalen Arbeitsmarkt zu erhalten bzw. auszubauen. Für viele Gemeinden, insbesondere am direkten Alpenrand, ist die Zusammenarbeit mit den Nachbarkommunen eine elementare Voraussetzung, um trotz der außerordentlich geringen Flächenverfügbarkeit Betrieben eine Perspektive in der Region bieten zu können.

Für die zukünftige Entwicklung des Arbeitsmarkts spielt die demographische Entwicklung eine wichtige Rolle. Bis 2020 wird in Bayern das Erwerbspersonenpotenzial voraussichtlich noch weiter zunehmen bzw. stabil bleiben. Danach ist mit einem langsamen, im Vergleich zur Gesamtbevölkerung überproportionalen Rückgang der Erwerbspersonen zu rechnen.⁸ Im Alpenraum gilt dies in besonderer Weise für die südlichen Landkreise, in denen bereits heute deutliche Alterungstendenzen sichtbar sind. Rechtzeitige, umfassende Strukturreformen auf nationaler, regionaler und kommunaler Ebene sowie ein Umdenken der Betriebe sind daher erforderlich, um die Erwerbstätigkeit zu erhöhen. Im Einflussbereich der Kommunen liegen neben einer offensiven gewerblichen Standortentwicklung und -vermarktung zur Erhaltung und Schaffung von Arbeitsplätzen unter anderem auch die Steigerung der Frauenerwerbsquote durch verbesserte Möglichkeiten der Kinderbetreuung und eine Ausweitung von bedarfsgerechten (Weiter-) Bildungsangeboten für junge und ältere Menschen.



Schneizreuth (288)

Die starke Zunahme der Beschäftigungsrate in der Gemeinde im Zentrum des Berchtesgadener Lands begründet sich insbesondere in der erfolgreichen Erweiterung und Neuan siedlung von Gewerbebetrieben mit Schwerpunkt in der Medizintechnik. Die Bestandspflege, d.h. die Unterstützung der vorhandenen Betriebe sowie ihrer Zulieferer und Kooperationspartner, ist von höchster Priorität für die Gemeindeverwaltung.

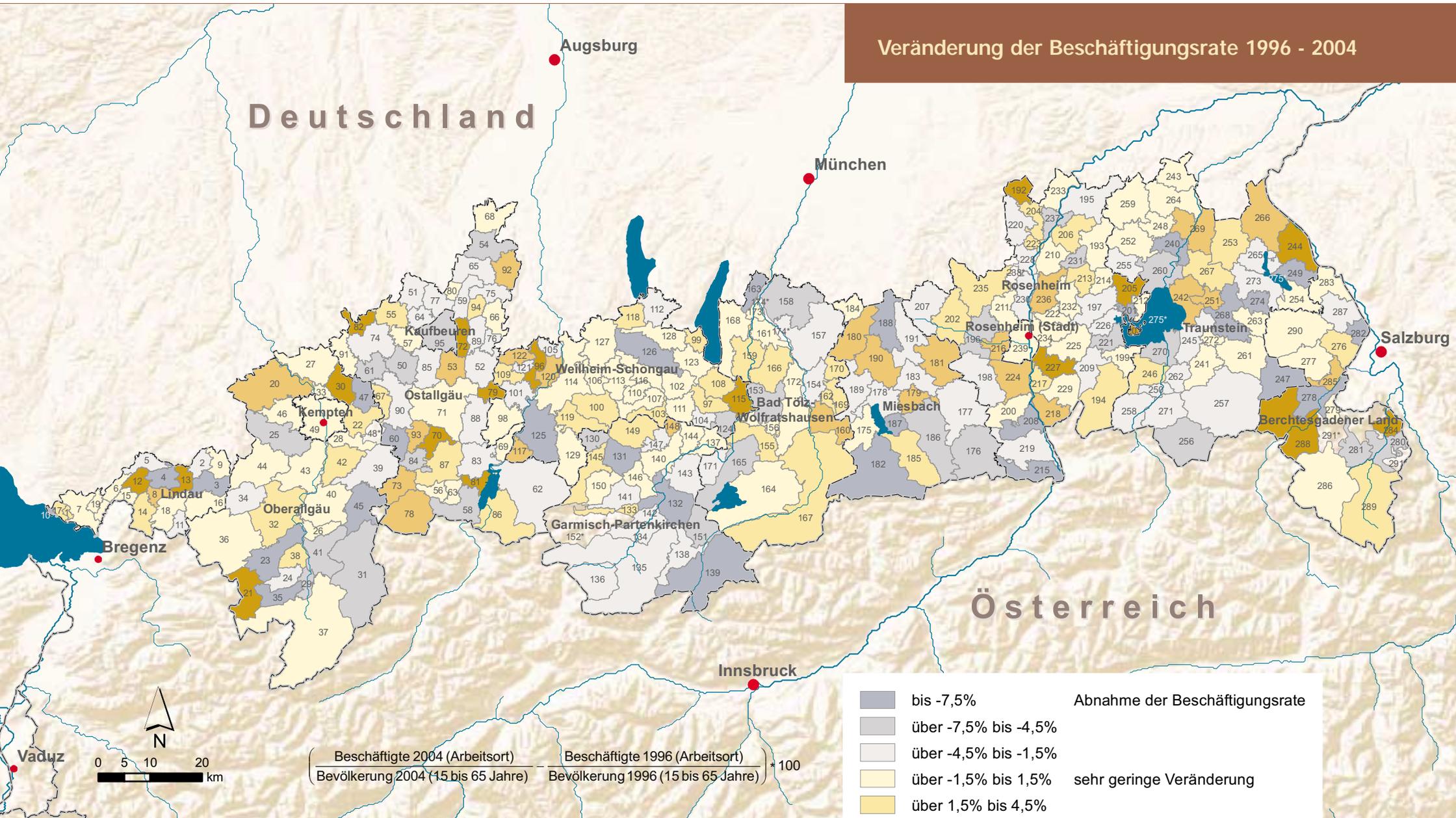
Wilpoldsried (47)

Grund für den starken Rückgang der Beschäftigung bis 2004 in der Oberallgäuer Gemeinde war der Niedergang mehrerer handwerklicher Betriebe. Einer davon war der wichtigste Arbeitgeber in der Gemeinde und hatte erst kurz vor Konkurs umfangreiche bauliche Neuinvestitionen getätigt. Nach einer mühsamen Durststrecke ist es der Gemeinde gelungen, mehrere innovative Betriebe anzusiedeln und die Nachnutzung des größten leer stehenden Betriebsneubaus als „Innovationspark Allgäu“ durch High-Tech-Firmen insbesondere im Bereich erneuerbarer Energien sicherzustellen.

„Perspektive 50plus - Beschäftigungspakte für Ältere in den Regionen“ ist ein Bundesprogramm mit dem Ziel, ältere Mitarbeiter dauerhaft in Arbeit einzugliedern. Im Alpenraum bestehen bereits Arbeitsgemeinschaften in Traunstein, Berchtesgadener Land, Rosenheim Stadt und Land.

www.perspektive50plus.de

Veränderung der Beschäftigungsrate 1996 - 2004



$$\frac{\text{Beschäftigte 2004 (Arbeitsort)}}{\text{Bevölkerung 2004 (15 bis 65 Jahre)}} - \frac{\text{Beschäftigte 1996 (Arbeitsort)}}{\text{Bevölkerung 1996 (15 bis 65 Jahre)}} \times 100$$

Datenquelle:
 Agentur für Arbeit: Arbeitsmarktstatistik, Nürnberg 2007
 Bosch & Partner GmbH 2008: Fitness-Check deutscher Alpenraum

Abnahme der Beschäftigungsrate
 sehr geringe Veränderung
 Zunahme der Beschäftigungsrate

Beschäftigte in urbanen Dienstleistungsbranchen

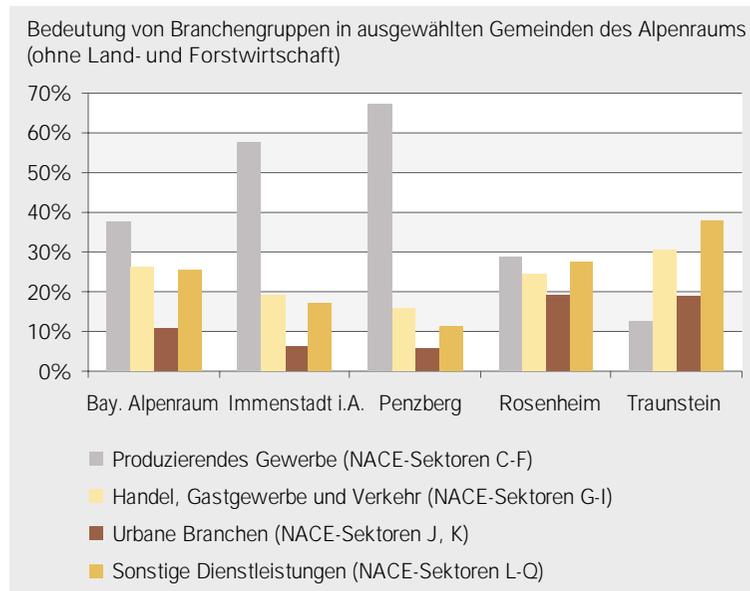
Die Beschäftigungsentwicklung in den Dienstleistungsbereichen Beratung, Finanzen, Tourismus und Medien hat in den letzten Jahren in Europa ein hohes Entwicklungstempo gezeigt. Die Branchen wuchsen um ein Vielfaches schneller als die Wirtschaft insgesamt. Dies bedeutet auch, dass Räume, in denen diese Sektoren stark vertreten sind, in besonderer Weise von deren wirtschaftlicher Dynamik und überdurchschnittlicher Wertschöpfung profitieren. Auch der Raumordnungsbericht des Bundes 2005 weist darauf hin, dass die Rolle, die Wissensökonomie und unternehmensnaher Dienstleistungssektor an einem Standort spielen, in Zukunft entscheidend für dessen Stellung innerhalb der räumlichen Hierarchie der Wirtschaftsstandorte sein wird.¹⁰

Will man die künftigen wirtschaftlichen Perspektiven einer Gemeinde abschätzen, kann der Blick auf die jeweilige Branchenstruktur zumindest grobe Hinweise geben. Allerdings stößt eine auf statistischen Daten beruhende Branchenanalyse auf Gemeindeebene schnell an ihre Grenzen. Datenschutzbestimmungen erlauben eine detaillierte Gewichtung einzelner Branchen Zweige nur in sehr eingeschränktem Umfang. Im Rahmen dieser Studie erfolgte eine vereinfachte Abschätzung des Entwicklungspotenzials durch eine aggregierte Zusammenschau ausgewählter Dienstleistungsbranchen, die als besonders spezialisiert und wertschöpfungsstark gelten und wichtige Impulse für eine zukunftsfähige Regionalentwicklung geben können. Hierzu gehören unter anderem Kreditinstitute und Versicherungen (ohne Sozialversicherung), Hard- und Softwareentwicklung und -beratung, Informationsvermittlung, Rechts-, Steuer- und Unternehmensberatung, das Grundstücks- und Wohnungswesen sowie der Forschungs- und Entwicklungssektor.

Im Gegensatz zu anderen Branchengruppen wie Handel, Verkehr oder Produktion, die oft auf eine gute Verfügbarkeit von Flächen angewiesen sind, benötigen die urbanen Dienstleistungsbranchen vor allem gut ausgebildete und qualifizierte Arbeitskräfte und eine moderne technologische Infrastruktur. Auch deswegen bevorzugen diese Wirtschaftszweige in der Regel urbane Zentren als Standorte oder siedeln

sich in deren Umfeld an. Innerhalb des deutschen Alpenraums sind sie insbesondere in einem ungefähr 40 km umfassenden Einzugsbereich von München stark vertreten. Aber auch außerhalb dieses Bereichs gibt es regionale Schwerpunkte mit einer überdurchschnittlich urban ausgerichteten Wirtschaft. Hierzu gehören insbesondere die Räume um Kempten (49), Rosenheim (239) und Traunstein (268). Das bedeutet, dass zahlreiche Unternehmen auch in den kleineren bis mittleren urbanen Zentren des Alpenraums bereits attraktive Ansiedlungsbedingungen vorfinden und dafür sorgen, dass diese Städte zunehmend an überregionale oder gar globale Wirtschaftsnetze angeschlossen sind.

Das Image des deutschen Alpenraums sollte vor diesem Hintergrund nicht darauf reduziert werden, im Rahmen einer überregionalen Arbeitsteilung Wohn- und Freizeitfunktionen zu erfüllen, denn dies würde ihn in besonderer Weise abhängig von außeralpinen Entwicklungen und Innovationen machen.¹¹ Vielmehr wird es in Zukunft darum gehen, die Attraktivität des Alpenraums für Ansiedlungen unternehmensnaher Dienstleister weiter zu steigern. In erster Linie wird sich eine Verbesserung der „harten“ Standortfaktoren, wie z. B. die Sicherstellung einer flächendeckenden Breitbandversorgung, positiv auswirken. Erst an zweiter Stelle begünstigen „weiche“ Standortfaktoren wie die naturräumlichen und kulturellen Besonderheiten, die der deutsche Alpenraum zu bieten hat, entsprechende Unternehmensansiedlungen.



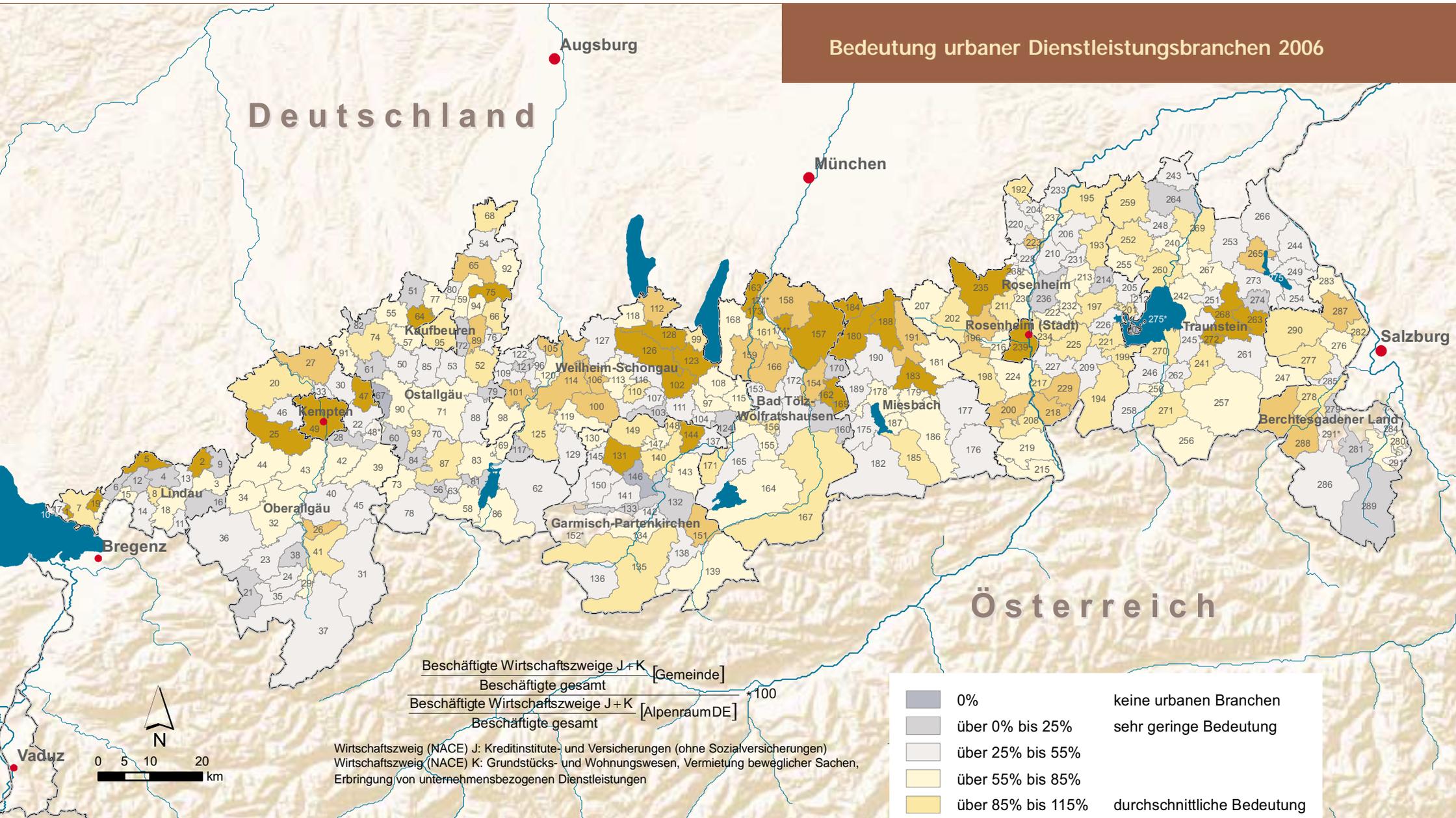
Traunstein (268)

In der Stadt Traunstein gibt es zahlreiche Gründe für den hohen Anteil urbaner Branchen: Zum einen sind bereits seit historischen Zeiten wesentliche Gerichtsbarkeiten des Freistaats und ihre zugehörigen Dienstleistungseinrichtungen in Traunstein angesiedelt. Des Weiteren deckt hier das überwiegend ländlich geprägte Umland seinen Bedarf an Beratungsunternehmen oder Verwaltungsdienstleistungen. Das Angebot an qualifizierten Arbeitskräften ist aufgrund der günstigen räumlichen Lage der Stadt hoch, gleichzeitig begünstigt die modernisierte, attraktive Innenstadt die Ansiedlung zukunftsorientierter Dienstleistungsunternehmen.

Tuntenhausen (235)

Die Gemeinde im nördlichen Landkreis Rosenheim verdankt ihre günstige wirtschaftliche Entwicklung - die Einnahmen aus der Gewerbesteuer haben sich in den letzten drei Jahren nahezu verdreifacht - einer Mischung verschiedener Branchen mit überwiegend überregionalem und internationalem Wirkungskreis: Neben einem großen Betrieb der Fahrzeugtechnik erbringen zahlreiche mittelständische Betriebe unternehmensbezogene Dienstleistungen oder sind im Bereich Forschung und Entwicklung für die Fahrzeugindustrie tätig. Hier ist die Bedarf an hochqualifizierten Arbeitskräften besonders hoch.

Bedeutung urbaner Dienstleistungsbranchen 2006



Datenquelle:
 Agentur für Arbeit: Arbeitsmarktstatistik, Nürnberg 2007
 Bosch & Partner GmbH 2008: Fitness-Check deutscher Alpenraum

Entwicklung der Siedlungs- und Verkehrsfläche

Im Alpenraum ist die Konkurrenz um Flächen besonders groß: Die topographischen Voraussetzungen begrenzen die für eine Besiedelung geeigneten Bereiche auf die weitgehend ebenen und verkehrstechnisch erschließbaren Becken und Täler. Diese sind jedoch gleichzeitig auch für die landwirtschaftliche Nutzung besonders attraktiv. Zunehmende Naturgefahren, insbesondere Hochwasserereignisse, zwingen die Gemeinden darüber hinaus, gefährdete oder für die Wasserrückhaltung erforderliche Bereiche von Bebauung freizuhalten. Hinzu kommt, dass gerade touristisch geprägte Gemeinden bei der Neubebauung von Flächen große Sorgfalt walten lassen müssen, um die ästhetischen Werte ihrer Landschaft zu erhalten. Die Geländegestalt der Voralpenlandschaft bringt es mit sich, dass großflächige und groß dimensionierte Bebauungen auf weite Entfernungen wahrnehmbare landschaftliche Beeinträchtigungen verursachen können. Noch vorhandene bebaubare Flächen sind ein besonders wertvolles, mit großer Gewissenhaftigkeit zu nutzendes Gut.

Mit Blick auf Gesamtbayern ist in den Jahren 2001 bis 2005 die täglich neu für Bebauung in Anspruch genommene Fläche zwar zurückgegangen, hat jedoch ab 2006 mit der anziehenden Konjunktur wieder deutlich zugenommen¹². Im Alpenraum selbst sind zwischen 1992 und 2004 insgesamt mehr als 112 km² ursprünglich unbebauter Fläche für Siedlungen und Verkehrszwecke umgenutzt worden. Das entspricht fast der anderthalbfachen Fläche des Chiemsees. Allerdings gibt es deutliche räumliche Unterschiede. In erster Linie ist ein deutliches Nord-Süd-Gefälle erkennbar, mit durchwegs geringerer Flächeninanspruchnahme in den südlichen Gemeinden mit Ausnahme der Stadt Füssen (58). Dieses Gefälle ist zum einen Spiegel der nach Süden hin topographie- und landschaftsbedingt immer knapper werdenden Flächenressourcen. Zum anderen wächst die Bevölkerung in den südlichen Gemeinden nur geringfügig oder schrumpft, so dass keine größeren Flächen neu für Wohnbebauung genutzt werden müssen. Am deutlichsten nimmt die Siedlungs- und Verkehrsfläche in den wirtschaftlichen Zentren wie Rosenheim (239), Kempten (49) oder Lindau (7) und - als Folge der oft intensiven Pendler- oder Wirtschaftsbeziehungen - in deren Umfeld zu.

Da aufgrund des deutschen Steuersystems die Gewerbesteuer den finanziellen Handlungsspielraum der Gemeinden maßgeblich bestimmt, konkurrieren die Gemeinden im gesamten deutschen Alpenraum um Gewerbeansiedlungen. Insbesondere in den flacheren bayerischen Voralpen werden immer wieder relativ große Gewerbegebiete weitgehend ohne Prüfung flächensparender Alternativen ausgewiesen. Zunehmend handelt es sich um großflächige Einzelhandelsunternehmen wie Baumärkte oder Lebensmittel-Discounter, die innerörtliche Nahversorger ersetzen, und immer weniger um Betriebe des produzierenden Gewerbes. Wichtigster Treiber der Flächeninanspruchnahme ist jedoch nach wie vor der Wohnungsbau, verstärkt durch die demographisch bedingte Zunahme von Ein- und Zwei-Personenhaushalten. Schließlich kann auch die weiter wachsende Mobilität eine zerstreute, flächenintensive Siedlungs- und Gewerbeentwicklung begünstigen.¹²

Neben den Umweltfolgen wie Bodenversiegelung, Landschaftszerschneidung und Biotopzerstörung und dem Verlust von Erholungsräumen hat die stetige Zunahme von Siedlungs- und Verkehrsflächen mittel- und langfristig auch wirtschaftliche Konsequenzen: Nicht nur der Neubau, auch Instandhaltung und Betrieb der zusätzlichen Infrastruktur belasten die öffentlichen Haushalte. Die auch im Alpenraum absehbaren demographischen Veränderungen werden zur Folge haben, dass diese Aufwendungen in Zukunft von immer weniger Menschen zu tragen sind.



// Neue Flächen für Gewerbe müssen keineswegs mit einer Beeinträchtigung des Landschaftsbilds einhergehen. Man kann Gewerbebauten auch optisch ansprechend gestalten. //

Otto Lederer, Bürgermeister von Tuntenhausen

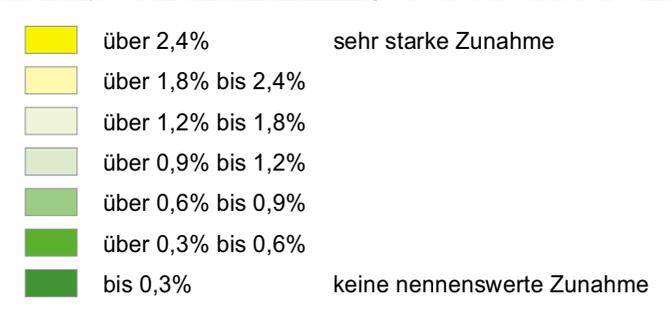
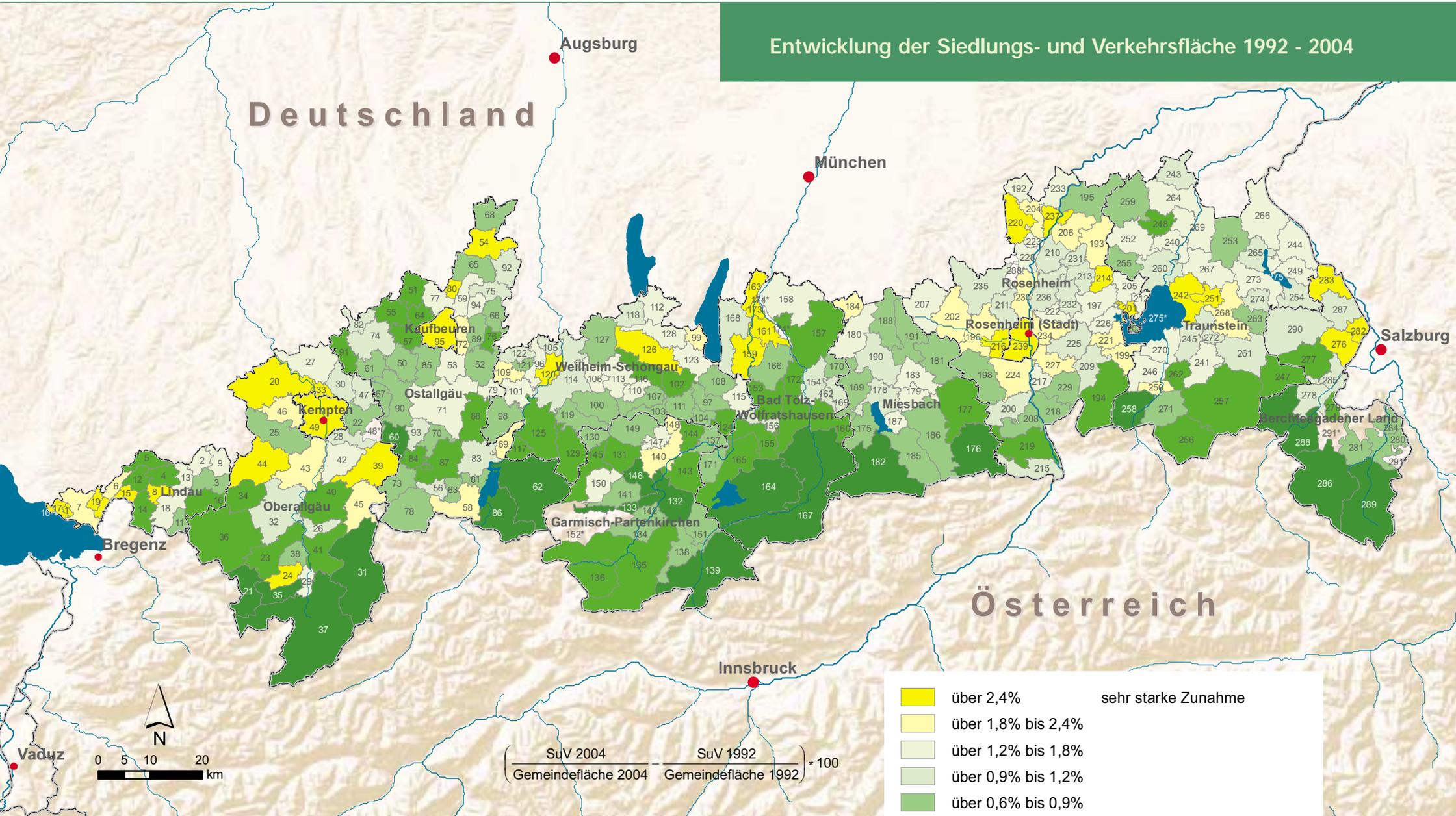
Chieming (242)

Die Gemeinde am östlichen Chiemseeufer liegt in einer landschaftlich sehr schönen und zugleich verkehrstechnisch günstigen Lage. Die starke Zunahme an Siedlungs- und Verkehrsflächen ist zum einen auf die Entwicklung ansässiger Gewerbebetriebe in den Branchen Entsorgung, Kunststoff und Brauereibedarf zurückzuführen; derzeit wird ein neues Gewerbegebiet ausgewiesen. Zum anderen besteht ein hoher Wohnbaudruck, der teilweise über die Ausweisung von Einheimischenmodellen, teils über Baulandangebote auf dem freien Markt geregelt wird.

Eschenlohe (132)

Die dramatischen Überschwemmungsereignisse im Landkreis Garmisch-Partenkirchen im August 2005 haben die Gemeinde in den letzten Jahren zur Schaffung von Retentionsflächen und zum Rückbau bisher verbauter Fläche entlang der Loisach gezwungen. Dies drückt sich in einem rückläufigen Anteil der Siedlungs- und Verkehrsfläche an der Gemeindefläche aus. An eine Ausweisung neuer Bebauungsflächen ist derzeit nicht zu denken. Diese Situation hat, verbunden mit den enormen Kosten für die Sanierungs- und Schutzmaßnahmen, weitreichende wirtschaftliche Folgen für die Gemeinde.

Entwicklung der Siedlungs- und Verkehrsfläche 1992 - 2004



$$\left(\frac{\text{SuV 2004}}{\text{Gemeindefläche 2004}} - \frac{\text{SuV 1992}}{\text{Gemeindefläche 1992}} \right) \cdot 100$$

Datenquelle:
 Bayerisches Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung: Flächenerhebung, München 2007
 Bosch & Partner GmbH 2008: Fitness-Check deutscher Alpenraum

Effizienz der Flächeninanspruchnahme

Eine dynamische Gemeindeentwicklung mit Wirtschaftswachstum und Bevölkerungszug führt zwangsläufig zu einer steigenden Nachfrage nach Flächen. Die große Herausforderung besteht darin, eine Abkoppelung des „Flächenverbrauchs“ vom Wirtschafts- und Bevölkerungswachstum zu erreichen. Das bedeutet, dieses Wachstum mit einem möglichst geringen Einsatz von Fläche für Siedlungs- und Verkehrszwecke zu erreichen. Gemeinden, denen eine solche Abkoppelung gelingt, leisten einen bedeutenden Beitrag zur Nachhaltigkeit.¹³ Gerade die sich wirtschaftlich stark entwickelnden Gemeinden innerhalb des deutschen Alpenraums sollten Vorbildfunktion übernehmen und Wege zu Wachstum bei gleichzeitig sparsamem Umgang mit ihren verbleibenden Flächenressourcen aufzeigen.

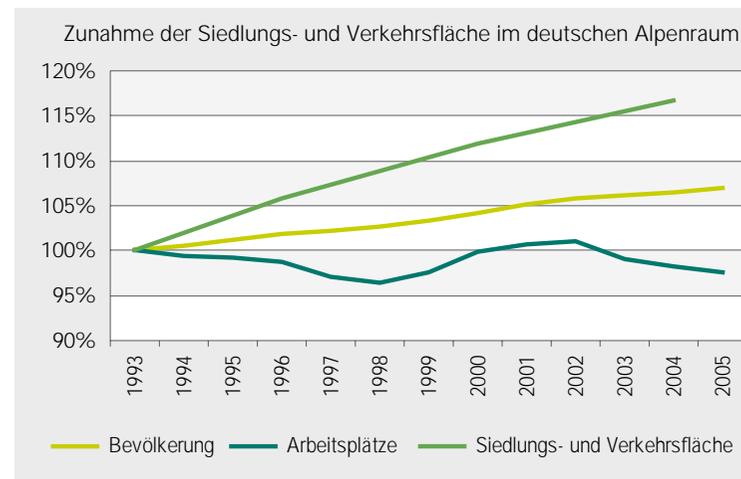
Aufgrund fehlender Daten zur Beschreibung wirtschaftlichen Wachstums auf kommunaler Ebene wird der Zusammenhang zwischen Wachstum und Flächenverbrauch annäherungsweise mit Daten zur Bevölkerungs- und Arbeitsplatzentwicklung und zur Veränderung der Siedlungs- und Verkehrsfläche abgebildet.

Die Effizienz der Flächeninanspruchnahme im deutschen Alpenkonventionsgebiet zeigt ein heterogenes Verteilungsmuster. Das bedeutet, dass Gemeinden, in denen die Überbauung von Flächen in den letzten Jahren hinter dem Zuwachs von Einwohnern und Arbeitsplätzen zurückgeblieben ist, unmittelbar neben Gemeinden liegen können, in denen dieses Verhältnis umgekehrt ist. Im weiteren Einzugsbereich der Metropole München ist der Flächenverbrauch im Verhältnis zur gemeindlichen Dynamik zwar tendenziell geringer als im übrigen Alpenraum. Aber auch innerhalb dieses Gürtels gibt es zahlreiche Gemeinden wie Weilheim (126) oder Icking (163), die trotz einer eher durchschnittlichen Bevölkerungsentwicklung und sogar einer Abnahme an Arbeitsplätzen zwischen 1996 und 2004 viel unbebautes Land zu Siedlungs- und Verkehrsfläche umgewidmet haben.

Eine effiziente Nutzung der Siedlungs- und Verkehrsflächen ist im Gegensatz zu vielen anderen Entwicklungen im Alpenraum nur wenig von den natürlichen Gegebenheiten abhängig. Sie ist vor allem Ergebnis der Flächenpolitik jeder einzelnen Gemeinde. Diese wird zwar

maßgeblich von der Nachfrage nach Gewerbe- und Wohnbauland beeinflusst. Allerdings ist über verschiedene kommunale Steuerungsinstrumente eine schonende Ausnutzung der Flächenressourcen möglich. Hierzu gehören:

- die Aufstellung von Bebauungsplänen mit klaren Vorgaben für einen sparsamen und sorgsamen Umgang mit der Fläche, insbesondere bei Gewerbebauten und bei Wohnbebauung im ländlichen Umfeld;
- die Aufwertung der Innenstädte vor allem auch für Familien mit Kindern und die stärkere Durchmischung von Nutzungen, um Arbeits- und Versorgungswege zu verkürzen;
- unter dem Motto „Innenentwicklung vor Außenentwicklung“ eine bessere Ausnutzung der im Bestand vorhandenen Flächenpotenziale durch bauliche Verdichtung und Umnutzung. So sind nach einer Schätzung des Bayerischen Landesamts für Umwelt in den bayerischen Gemeinden bis zu 20 % der innerörtlichen Flächen für Bebauung oder Nachverdichtung geeignet.¹⁴ In Jengen (65) wurde das innerörtliche Entwicklungspotenzial im Rahmen des Modellprojekts „Kommunales Flächenressourcenmanagement“¹⁵ im Detail untersucht, mit dem Ergebnis, dass immerhin etwa 40 ha für eine Innenentwicklung genutzt werden können;
- die gemeindeübergreifende Kooperation beim Management der Flächenressourcen, um flächenzehrende Konkurrenz zwischen den Gemeinden zu vermeiden und Flächen dort zu nutzen, wo sie am besten verfügbar gemacht werden können.



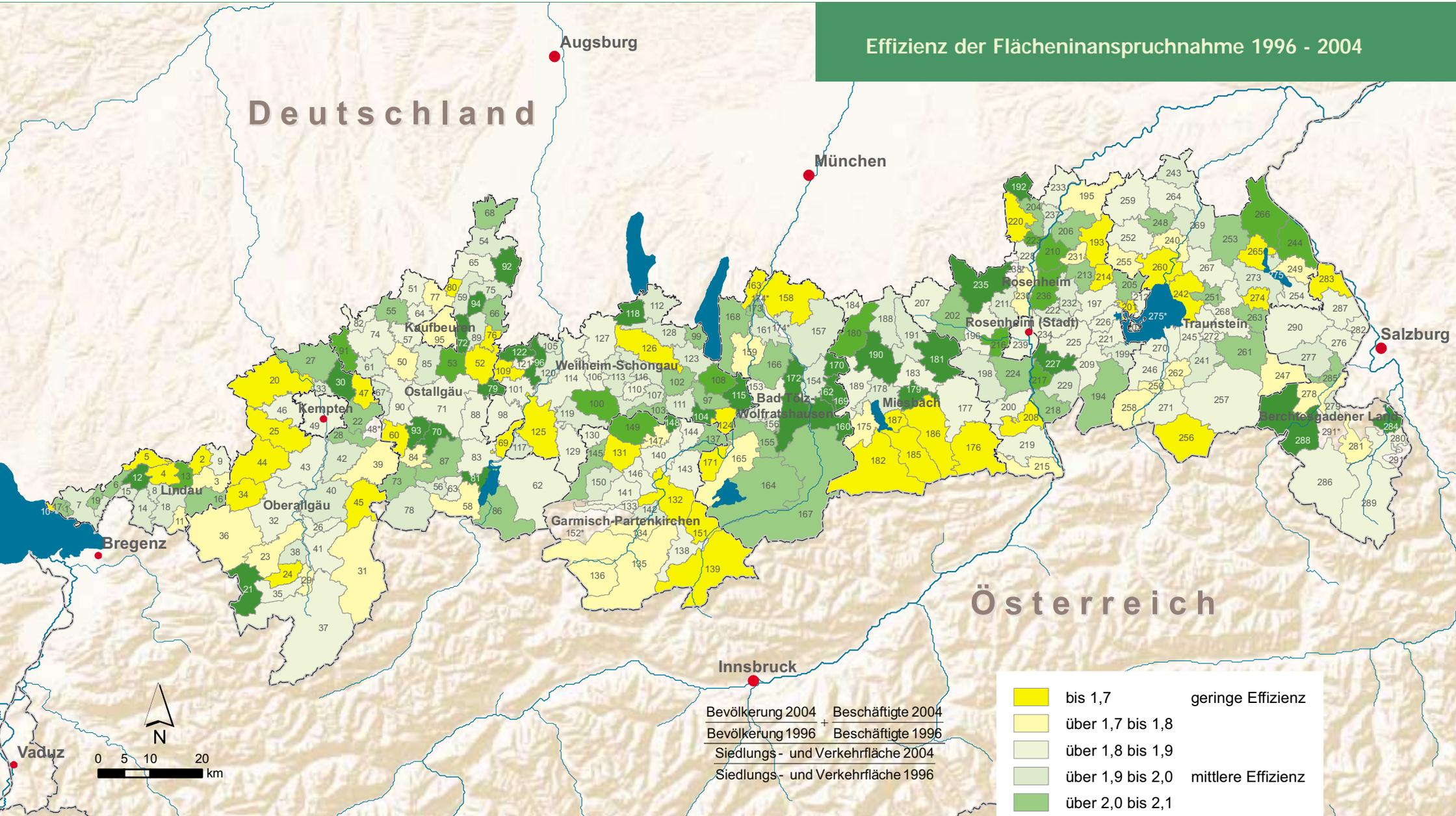
Wackersberg (172)

Die Gemeinde im Landkreis Bad Tölz-Wolfratshausen zeigt ein günstiges Verhältnis der Zunahme von Bevölkerung und Arbeitsplätzen zur Flächeninanspruchnahme. Aufgrund der Lage der Gemeinde in der Talsohle der Isar sind die baulichen Möglichkeiten sehr beschränkt und zwingen zu einer ressourcenschonenden Flächenpolitik. Die Gemeinde nutzt unter anderem Einheimischenmodelle zur Steuerung zusätzlicher Flächeninanspruchnahme.

Gmund am Tegernsee (178)

In der Gemeinde Gmund im Landkreis Miesbach ist die gemeindliche Baulandpolitik immer wieder Thema von Gemeinderatsklausuren. Die Baulandpolitik ist restriktiv und setzt den Schwerpunkt auf Verdichtung im Innenbereich und schonende Bebauung im Außenbereich. Eine hohe Nachfrage nach Gewerbeflächen erlaubt der Gemeinde, nach strengen Kriterien auszuwählen und die Ansiedlung flächen- oder verkehrintensiver Betriebe abzulehnen. All dies schlägt sich in der vergleichsweise hohen Effizienz der Flächeninanspruchnahme nieder.

Effizienz der Flächeninanspruchnahme 1996 - 2004



$$\frac{\text{Bevölkerung 2004} + \text{Beschäftigte 2004}}{\text{Bevölkerung 1996} + \text{Beschäftigte 1996}}$$

$$\frac{\text{Siedlungs- und Verkehrsfläche 2004}}{\text{Siedlungs- und Verkehrsfläche 1996}}$$

Yellow	bis 1,7	geringe Effizienz
Light Yellow	über 1,7 bis 1,8	
Light Green	über 1,8 bis 1,9	
Medium Green	über 1,9 bis 2,0	mittlere Effizienz
Dark Green	über 2,0 bis 2,1	
Very Dark Green	über 2,1 bis 2,2	
Black	über 2,2	hohe Effizienz

Datenquelle:
 Bayerisches Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung: Fortschreibung des Bevölkerungsstandes, Flächenerhebung, München 2007. Agentur für Arbeit: Arbeitsmarktstatistik, Nürnberg 2007
 Bosch & Partner GmbH 2008: Fitness-Check deutscher Alpenraum

Kaufkraft

Die Kaufkraft* ist der einzig verfügbare Indikator, mit dem sich die Einkommenssituation der privaten Haushalte auf Gemeindeebene abbilden lässt. Die Einkommenssituation gilt als bestimmender Faktor für das Lebensgefühl. Ist sie günstig, binden sich die Menschen mit positiven Gefühlen an die Region, in der sie leben. Ihre Motivation abzuwandern ist deutlich geringer als in Regionen, in denen eine ungünstige persönliche Einkommenssituation mit stagnierenden Tendenzen der kommunalen Entwicklung zusammenfällt.¹⁶

Angaben der Gesellschaft für Konsumforschung (GfK) zufolge sind die Einwohner Bayerns mit durchschnittlich 20.340 Euro pro Kopf die wohlhabendsten Menschen Deutschlands.¹⁷ Der Durchschnitt für den deutschen Alpenraum lag 2007 mit 18.175 Euro unter dem Bayerns, aber leicht über dem Deutschlands mit 18.055 Euro.

Innerhalb des deutschen Alpenraums zeigen sich starke Unterschiede: Deutlich über dem alpenweiten Durchschnitt liegen insbesondere die Gemeinden im Einflussbereich des Ballungsraums München, abgesehen von einigen etwas ländlicher strukturierten Gemeinden. Zu den Spitzenreitern in Bayern und Deutschland gehören mit über 30.000 Euro pro Kopf Seeshaupt (123), Rottach-Egern (185) und Icking (163) neben zahlreichen weiteren Gemeinden in den Landkreisen Bad Tölz-Wolfratshausen und Miesbach.

*Als Kaufkraft der Verbraucherhaushalte bezeichnet man das in privaten Haushalten für Konsumzwecke verfügbare Einkommen, also denjenigen Betrag, der pro Haushalt vom Einkommen verbleibt, nachdem alle regelmäßig wiederkehrenden Zahlungsverpflichtungen bedient wurden.

Die von der GfK berechnete Kaufkraft ist die Summe aller Nettoeinkünfte pro Region. Grundlage der Berechnung ist die amtliche Einkommenssteuerstatistik. Hinzugerechnet werden Erlöse von Landwirten und so genannte Transferleistungen wie Arbeitslosengeld, Kindergeld oder Renten.

Die räumliche Verteilung der kaufkraftstarken Regionen ist vor allem durch zwei Einflussfaktoren bedingt. Die finanzkräftigsten Erwerbstätigen aus der Region München bevorzugen den Münchener Süden als Wohnstandort. Hier verbindet sich die Nähe zur Großstadt mit landschaftlicher Schönheit und einem hohen Freizeitwert. Die im Vergleich zu ihrem Umland höhere Kaufkraft in einzelnen Gemeinden am Alpenrand oder am Chiemsee wie Oberstdorf (37), Reit im Winkl (256), Garmisch-Partenkirchen (135) oder Chieming (242) begründet sich wesentlich durch den Zuzug finanzkräftiger Ruheständler.

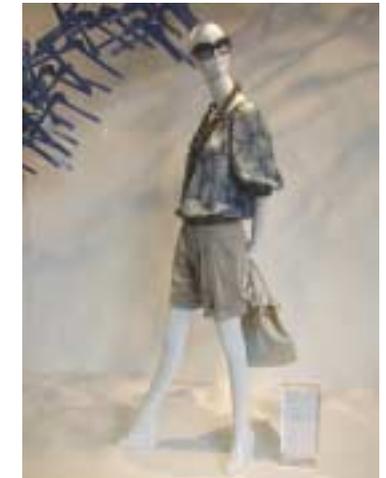
Grundsätzlich können die Kommunen von einer hohen Kaufkraft profitieren, zum einen über den kommunalen Anteil der Einkommenssteuer, der in Gemeinden mit geringer Bedeutung des Gewerbes die Realsteuereinnahmen übertreffen kann.¹⁸ Zum anderen stärkt eine hohe Kaufkraft Branchen mit starker regionaler Bindung wie beispielsweise den Einzelhandel, regionale Kreditinstitute, Gastronomie und Freizeitwirtschaft oder sonstige personenorientierte Dienstleister. Für Unternehmen sind die Kaufkraft und damit das Konsumpotenzial ein wichtiges Kriterium für Investitions- und Standortentscheidungen.

Entscheidend für die positive Wirkung der Kaufkraft auf die kommunale Entwicklung ist aber im Wesentlichen die Kaufkraftbindung. Sie beschreibt den Teil des Kaufkraftpotenzials, der tatsächlich vor Ort gebunden wird und sich in den Umsätzen z. B. des örtlichen Einzelhandels niederschlägt. Voraussetzung für eine hohe Kaufkraftbindung ist ein angemessen großes und differenziertes Angebot im Einzelhandel sowie an Handwerks- und Dienstleistungsbetrieben.¹⁹ Bei der Steigerung der Kaufkraftbindung sind neben quantitativen auch qualitative Aspekte zu berücksichtigen. Wird eine hohe Kaufkraftbindung zum Beispiel primär durch großflächige Discounter verursacht, kann dies nicht im uneingeschränkten Interesse einer Gemeinde liegen. Insbesondere die Ansiedlung von Unternehmen, deren Angebot über den täglichen Bedarf an Waren und Dienstleistungen hinausgeht, bedarf einer vorausschauenden Steuerung. Am wirkungsvollsten wird diese bei einer übergemeindlichen Koordination und Kooperation sein, denn nur so kann kontraproduktiven Standortkonkurrenzen um Kaufkraftbindung vorgebeugt werden.

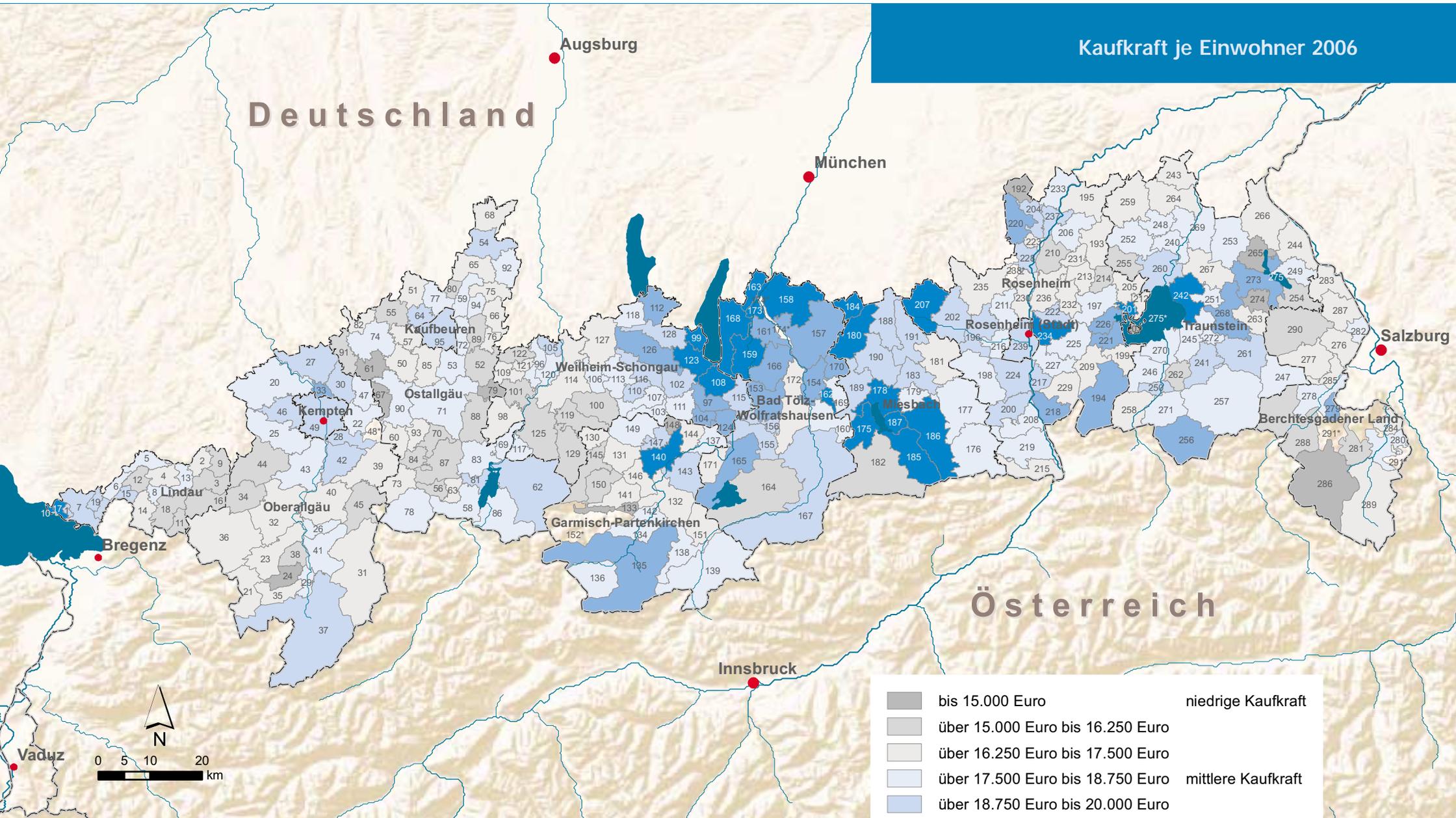
Kaufkraft-Boom 2008: Laut aktueller GfK-Prognose werden die Deutschen im laufenden Jahr im Schnitt 700 Euro mehr in der Tasche haben. Allerdings profitieren davon am meisten die bereits Wohlhabenden, da hauptsächlich die Einkommen aus Vermögen und Gewinnen steigen.

Garmisch-Partenkirchen (135)

Für die hohe Kaufkraft in der als Alpenkurort geführten Gemeinde gibt es mehrere Gründe: Der hohe Freizeitwert verhalf der einheimischen Bevölkerung zu attraktiven Grundstücksgeschäften und den Familienunternehmen in Hotellerie und Gastronomie vor allem in den Hochphasen des Alpentourismus zu guten Einkommen und zum Aufbau ihres Vermögens. Außerdem war und ist die Marktgemeinde durch ihren landschaftlichen Reiz und ihre Rolle als Oberzentrum attraktiv für zahlungskräftige Zuzügler von außerhalb.



Kaufkraft je Einwohner 2006



Datenquelle:
 Gesellschaft für Konsumforschung: Kaufkraft je Einwohner, Nürnberg 2007
 Bosch & Partner GmbH 2008: Fitness-Check deutscher Alpenraum

Finanzlage der Gemeinden

Die wichtigsten Einnahmequellen für die kommunalen Haushalte in Deutschland sind neben Gebühren, Beiträgen, Zuweisungen und Umlagen die Gewerbesteuer und Grundsteuer sowie Beteiligungen an Einkommenssteuer und Umsatzsteuer. Insbesondere zuverlässig fließende Steuerzahlungen ansässiger Gewerbebetriebe eröffnen den Gemeinden finanzielle Spielräume für zukunftsorientierte kommunale Investitionen und steigern die Attraktivität für Investoren und die Wohnbevölkerung. Geringe Steuereinnahmen verbunden mit hohem Schuldenstand engen die finanziellen Spielräume der Kommunen ein. Kürzungen in Zukunftsinvestitionen wie in Bildung und Erziehung oder in Infrastrukturmaßnahmen bremsen mittel- und langfristig die wirtschaftliche Dynamik.

Im langjährigen Rückblick gab es immer wieder Perioden erschwerter Haushaltsslagen für die Kommunen. Besonders kritisch war die Situation von Mitte der 1980er Jahre bis Mitte dieses Jahrzehnts.¹⁷ In dieser Phase koppelten sich die kommunalen Einnahmen nicht zuletzt als Folge der zahlreichen Änderungen des Steuerrechts vom Wirtschaftswachstum ab.²⁰ Allein zwischen 2001 und 2004 gingen die Steuereinnahmen und Schlüsselzuweisungen der bayerischen Kommunen um insgesamt 800 Mio. Euro zurück.²¹ Diese Entwicklungen brachten zahlreiche Städte und Gemeinden in Deutschland an die Grenzen ihrer Handlungsfähigkeit.²² Die Gemeinden gerieten unter einen enormen Anpassungsdruck und waren unter anderem gezwungen, ihre Investitionsausgaben deutlich abzusenken. Seit 2005 verbessert sich die Finanzlage der Kommunen langsam. Die kommunalen Steuereinnahmen in Bayern stiegen um 6,2 % im Jahr 2005²³ und um 11,8 % im Jahr 2006²⁴. Allerdings sind die kommunalen Ausgaben nach wie vor hoch. Allein 2006 erhöhte sich der Hartz IV-bedingte Ausgabenbedarf um 11 %.²⁵ Zusätzlich führt speziell im Alpenraum die Zunahme von Extremwetterereignissen für viele Gemeinden zu einer steigenden finanziellen Belastung. Grund sind die hohen Kosten für die Beseitigung von Schäden und für Schutzmaßnahmen vor allem im Bereich des Hochwasserschutzes und des Gefahrenschutzes vor Lawinen- oder Murenabgängen, die nur zum Teil über Zuschüsse des Freistaats gedeckt werden.

Die räumliche Darstellung der kommunalen Finanzlage von 2001 bis 2005 lässt ein deutliches regionales Verteilungsmuster erkennen: Im Einflussbereich von München, d.h. in einem Radius von etwa 60 km, war die Finanzlage der Gemeinden, abgesehen von einigen wenigen Ausnahmen wie Miesbach (183) und Großkarolinenfeld (211), vergleichsweise günstig. Hier hatten die Gemeinden bei relativ hohen Steuereinnahmen und gleichzeitig nur mäßiger Verschuldung größere finanzielle Handlungsspielräume. Insbesondere im westlichen, aber auch im östlichen Untersuchungsbereich und hier jeweils in Richtung Süden tendenziell zunehmend befanden sich zahlreiche Gemeinden in einer schwierigeren finanziellen Situation. Gerade die südlichen Gemeinden haben aufgrund der naturräumlichen Voraussetzungen und der ungünstigeren Verkehrsanbindung weniger Möglichkeiten für Gewerbeansiedlungen. Gleichzeitig sind sie wirtschaftlich besonders vom Tourismus abhängig und betreiben, um ihre Attraktivität für den Fremdenverkehr zu erhalten, einen besonders hohen Aufwand, beispielsweise für die Anlage und den Unterhalt von Wanderwegen, Wintersportanlagen, Kurparks, Festhallen oder Bädern.

Besonders Städte und Gemeinden mit stark rückläufigen Bevölkerungszahlen oder einem hohen Anteil älterer Menschen stehen vor großen Herausforderungen. Sie müssen die Tragfähigkeit ihrer Infrastrukturen und Verwaltungen in nahezu allen Bereichen überprüfen und diese den sich verändernden Bedürfnissen anpassen.



// **Der Bergrutsch am Immenstädter Horn 2006 ist zu einer deutlichen Belastung für unseren kommunalen Haushalt geworden. Wir müssen als Gemeinde für mehr als ein Drittel der Gesamtkosten von 2,15 Millionen aufkommen.** //

Siegfried Zengerle, Stadtkämmerer von Immenstadt i. Allgäu

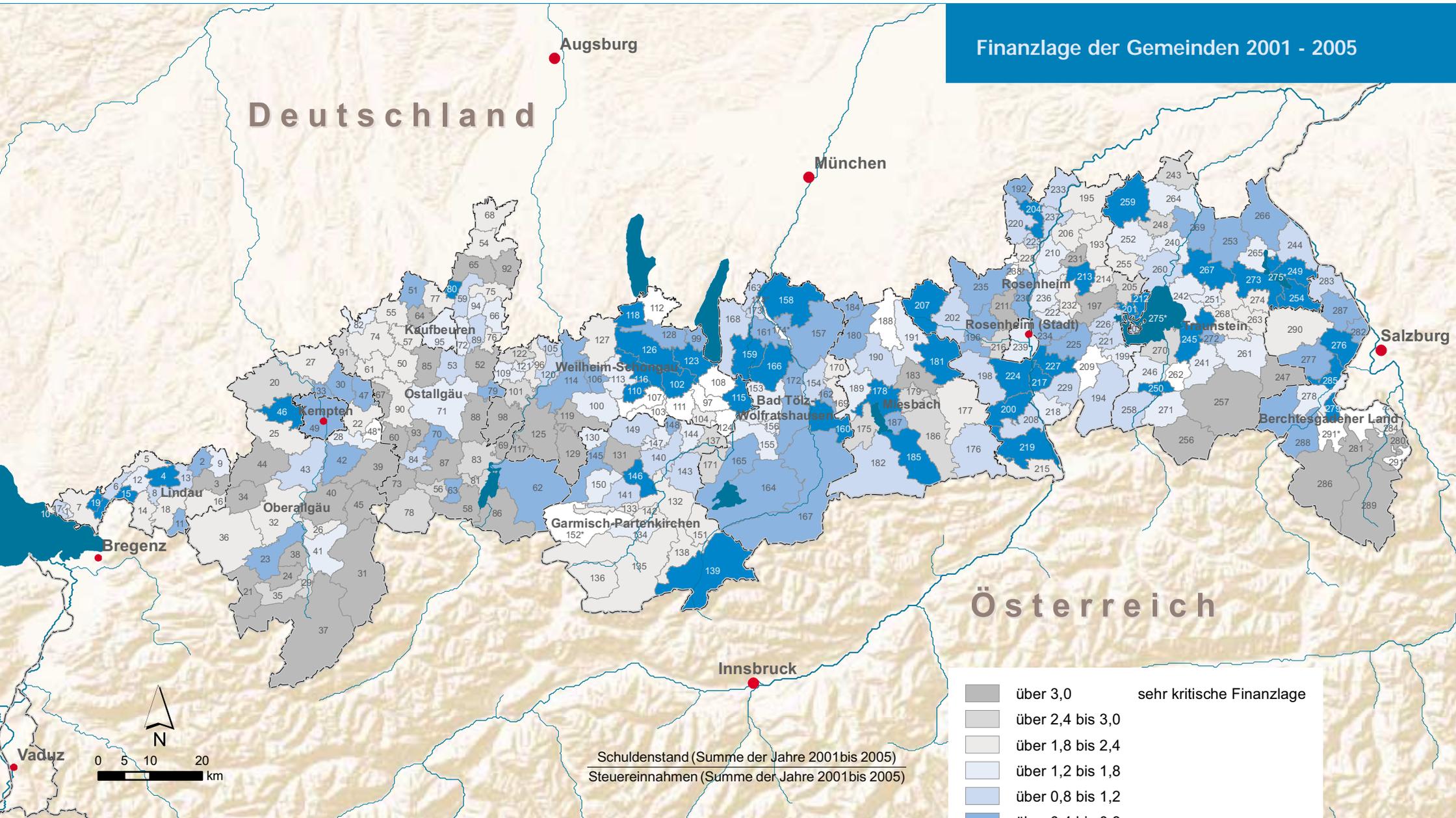
Oberstdorf (37)

Die Gemeinde im südlichen Oberallgäu befand sich in den Jahren 2001 bis 2003 in einer schwierigen Finanzlage. Mit Unterstützung einer externen Moderation führte sie daraufhin im Jahr 2004 eine Bestandsanalyse der Vermögenswerte und Hauptausgabequellen durch. Der daraus entwickelte Maßnahmenkatalog ermöglichte eine Haushaltskonsolidierung ohne Nettoneuverschuldung. Beispielsweise wurden nicht benötigte Grundstücke veräußert, die Betreibermodelle für die örtlichen Busse wurden verbessert - dies erlaubte sogar eine Taktverkürzung - und die Wirtschaftlichkeit kommunaler Dienste wie Straßenreinigung und Bauhof wurden optimiert.

Mittenwald (139)

Angesichts der schwierigen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen hat sich die Gemeinde im Landkreis Garmisch-Partenkirchen in der Phase der größten Konjunkturlaute einen rigorosen Sparhaushalt auferlegt. Ein Arbeitskreis identifizierte Möglichkeiten zur Verringerung der Kommunal Ausgaben, zu denen ein sozialverträglicher Personalabbau, die Streichung freiwilliger Leistungen und Vereinszuschüsse sowie die Erhöhung des Hebesatzes für Gewerbe- und Realsteuer gehörten. Die Serviceleistungen für den Tourismus blieben von den Kürzungen weitgehend unberührt.

Finanzlage der Gemeinden 2001 - 2005



Datenquelle:
 Bayerisches Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung: Schuldenstand, Realsteuervergleich, München 2007
 Bosch & Partner GmbH 2008: Fitness-Check deutscher Alpenraum

Zusammenfassen - Beschreiben - Vergleichen

Betrachtet man die Indikatorwerte für die einzelnen Gemeinden im deutschen Alpenraum, so deuten sich bereits aufschlussreiche räumliche Zusammenhänge und einige grundlegende Verteilungsmuster an. Dennoch lässt sich aus der Fülle an Detailinformationen nicht ohne weiteres ein Gesamtbild zeichnen. Wichtige Fragen bleiben unbeantwortet: Welche Gemeinden im deutschen Alpenraum stehen vergleichbaren Herausforderungen gegenüber? Gibt es Regionen, in denen viele Gemeinden mit ähnlichen Problemen zu kämpfen haben? Zeichnen sich Regionen ab, in denen benachbarte Gemeinden komplementäre Aufgaben wahrnehmen und sich so zu funktionalen Einheiten ergänzen?

Clusteranalysen: unübersichtliche Einzelinformationen strukturieren

Um diese und ähnliche Fragen zu beantworten, müssen die vielschichtigen Einzelergebnisse aus der Indikatorenbeurteilung in einem weiteren Schritt zusammengeführt werden. Es gibt verschiedene statistische Werkzeuge, mit denen man große Mengen an Informationen gliedern und ordnen kann. Die im Projekt DIAMONT bearbeiteten Indikatoren wurden in eine „Clusteranalyse“ eingespeist. Im Grundsatz fassen Clusteranalysen Elemente mit ähnlichen Eigenschaften systematisch zu Klassen, so genannten „Clustern“, zusammen. Für den deutschen Alpenraum wurden auf diese Weise die Gemeinden mit ähnlichen Indikatorwerten schrittweise in letztendlich sieben Cluster eingeordnet. Die Auswertung berücksichtigte 16 Indikatoren aus den Bereichen demographische Entwicklung, Arbeitsmarkt und Beschäftigung, Flächennutzung und Bodenpreise, Gemeindefinanzen und Wahlverhalten (s. nebenstehende Liste).

Urbanisationszonen: über-gemeindliche funktionale Einheiten

Viele räumliche Entwicklungen sind nicht auf das Gebiet einzelner Gemeinden beschränkt, sondern spielen sich in einem Wirkungsgefüge auf übergemeindlicher Ebene ab. Um diese räumlichen Entwicklungen beschreiben, verstehen und steuern zu können, ist es daher hilfreich, übergemeindliche funktionale Einheiten abzugrenzen. In DIAMONT wurden für den deutschen Alpenraum so genannte „Urbanisationszonen“ bestimmt, denn das Thema Verstädterung war bei pan-alpinen Untersuchungen im Projekt als ein wesentliches Thema nachhaltiger Regionalentwicklung im Alpenraum herausgearbeitet worden. Entgegen dem verbreiteten Image des deutschen Alpenraums, das von ausgedehnter Grünlandwirtschaft, Naherholung und (Winter-)Tourismus bestimmt ist, sind Urbanisierungsprozesse im alpenweiten Vergleich in den deutschen Alpen und insbesondere im Alpenvorland deutlich ausgeprägt. Die Orientierung auf die Städte nimmt zu. Eine besonders starke Ausstrahlung haben die Metropolregion München sowie die Agglomerationen Salzburg und Bregenz.

Die Urbanisationszonen umfassen Städte und umliegende Gemeinden, die durch intensive Pendlerbeziehungen mit dem städtischen Zentrum verbunden sind. Sie sind also nicht als durchgängig städtisch geprägte Gebiete zu verstehen. Vielmehr stellen sie funktional verflochtene Gebiete dar, die den wachsenden Einfluss der Städte als Arbeitsmarktzentren für ihr Umland widerspiegeln. Die Entwicklung der Urbanisationszonen wurde ebenfalls anhand der 16 Indikatoren im Detail beschrieben und mit Hilfe einer Clusteranalyse zusammenfassend ausgewertet.

Die Einordnung in die gleiche Klasse durch die Clusteranalyse bedeutet weder bei den Gemeinden noch bei den Urbanisationszonen, dass ihre Situation oder Entwicklung für alle Indikatoren identisch ist. Sie zeigen aber bezüglich mehrerer Indikatorwerte größere Ähnlichkeiten untereinander als mit Gemeinden oder Urbanisationszonen anderer Cluster. Da sich die nachfolgende Beschreibung der Cluster an den Mittelwerten der einzelnen Indikatoren orientiert, sind sie nicht für alle Gemeinden des jeweiligen Clusters gleichermaßen treffsicher.

Verwendete Indikatoren

Demographische Entwicklung:

- Bevölkerungsveränderung
- Wanderungsbilanz
- Abhängigkeitsindex
- Veränderung des Abhängigkeitsindex
- Bevölkerungsdichte

Arbeitsmarkt und Beschäftigung:

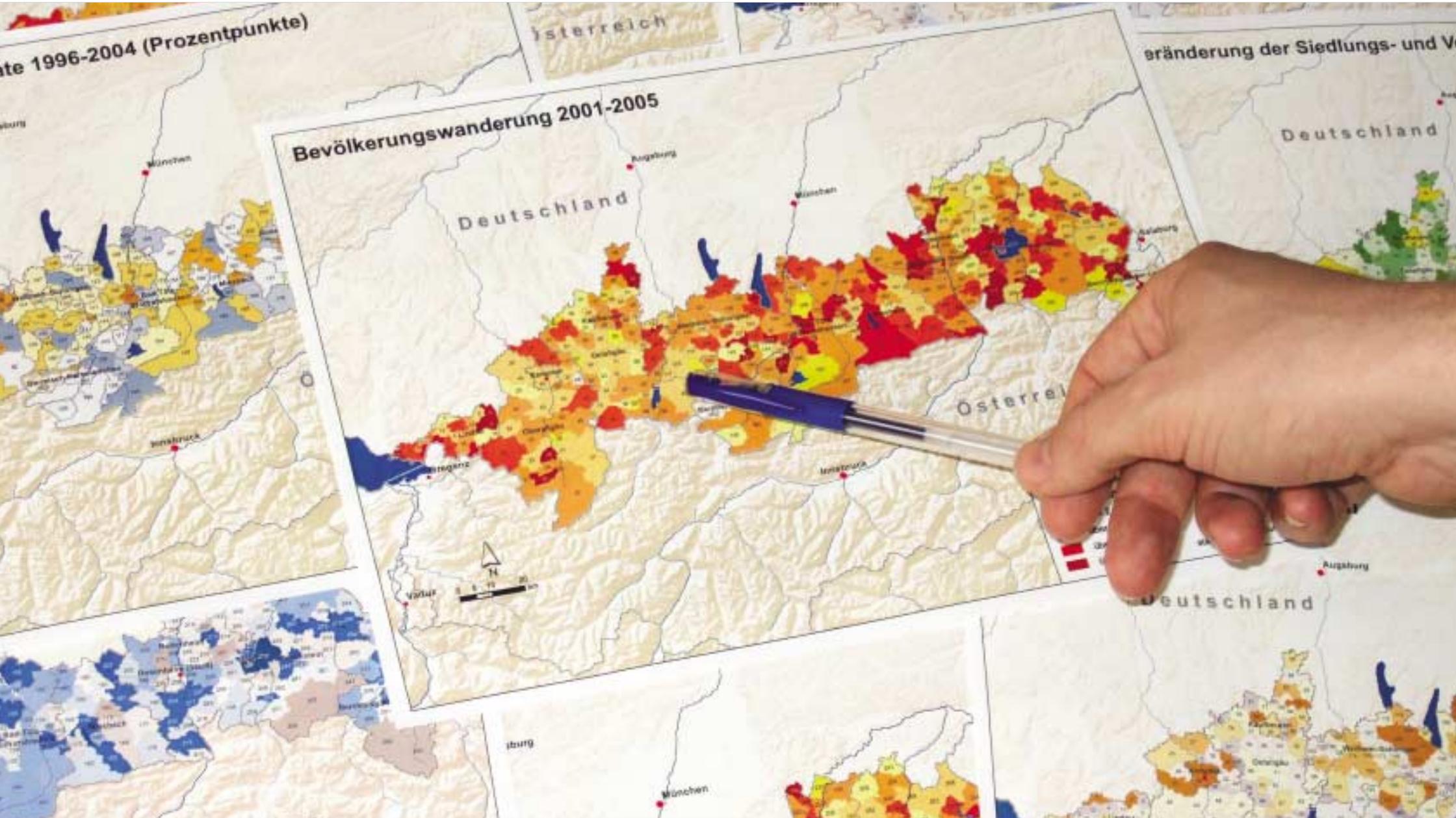
- Beschäftigungsdichte
- Veränderung der Beschäftigungsdichte
- Langzeitarbeitslosigkeit
- Standortquotient urbaner Branchen
- Anteil unternehmensbezogener Dienstleistungen

Flächennutzung und Bodenpreise:

- Siedlungs- und Verkehrsfläche
- Veränderung der Siedlungs- und Verkehrsfläche
- Effizienz der Flächennutzung
- Baulandpreise

Sonstiges:

- Finanzlage
- Wahlverhalten



Wirtschaftlich prosperierende städtische Gemeinden

Die Gemeinden dieses Clusters sind in der Regel Städte oder haben urbanen Charakter. Sie sind dicht besiedelt und große Teile ihres Gemeindegebiets werden baulich genutzt. Das knappe verfügbare Bauland wird zu hohen Preisen gehandelt.

Die Gemeinden befinden sich in einer stabilen finanziellen Lage und sind von großer Bedeutung für die regionale Wirtschaft. Ihr Arbeitsmarkt bezieht die Gemeinden im Umland ein. Viele Arbeitsplätze sind in spezialisierten und wertschöpfungsstarken Branchen angesiedelt.

Die demographische Entwicklung ist von einer leichten Bevölkerungsabnahme und schwachen Tendenzen einer Überalterung geprägt.

Überalternde städtische Gemeinden

Diese Gemeinden besitzen ähnlich den oben beschriebenen eine städtische Prägung, wenn auch in weniger ausgeprägter Form. Ihre wirtschaftliche Situation ist allerdings weniger günstig: Die Zahl der Arbeitsplätze ist zumeist rückläufig, die finanzielle Lage der Gemeinden ist nicht durchgängig solide.

Trotz Zuwanderung gehen die Bevölkerungszahlen zurück, und Zeichen der demographischen Alterung sind deutlich erkennbar.

Pendlergemeinden mit hoher Bevölkerungsdynamik

In diesen ländlichen Gemeinden wohnen viele Menschen, vor allem auch junge Familien, die zur Arbeit in die nahe gelegenen Städte oder in die Region München pendeln. Sie zeigen oft ein stärker rot-grün orientiertes Wahlverhalten, wie es an sich für städtische Gemeinden typisch ist.

Das Angebot an Arbeitsplätzen vor Ort ist in der Regel gering. Die Bevölkerung dagegen wächst durch Geburtenüberschuss und durch Zuzug. Die entstehende Nachfrage nach Bauland führt zu relativ hohen Preisen auf dem Immobilienmarkt.

Ruhestands- und periphere Gemeinden

Auch diese Gemeinden sind als Wohnsitz begehrt, was sich unter anderem in meist hohen Baulandpreisen ausdrückt. Sie waren und sind z. T. noch immer Ziel von Menschen, die ihren Ruhestand in einer landschaftlich reizvollen Umgebung mit guter Dienstleistungsversorgung verbringen möchten. Die demographische Entwicklung zeigt daher starke Überalterungstendenzen. Die Beschäftigung ist rückläufig.

Weitgehend stabile ländliche Gemeinden

Eine weitgehend stabile wirtschaftliche und demographische Entwicklung kennzeichnet diese zumeist ländlichen Gemeinden. Trotz leichter Abwanderungstendenzen wächst die Bevölkerung wegen eines leichten Geburtenüberschusses. Das Angebot an Arbeitsplätzen für die lokale Bevölkerung ist gut.

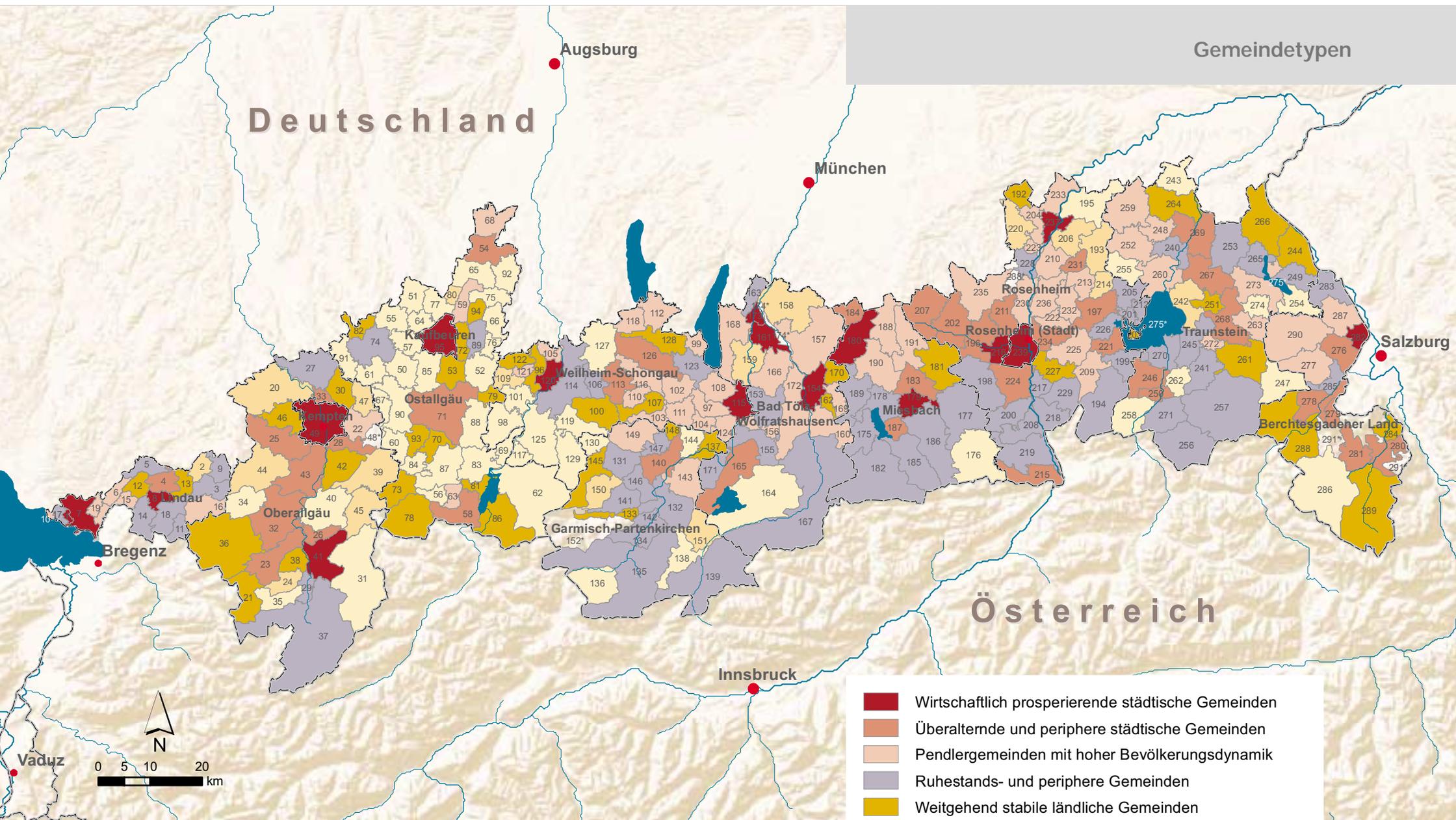
Pendlergemeinden mit sehr kritischer Finanzlage

Viele dieser ländlichen Gemeinden sind mit starken finanziellen Schwierigkeiten konfrontiert, der Schuldenstand liegt deutlich über den Einnahmen. Dies beschränkt die Möglichkeiten, wirtschaftliche Impulse zu setzen.

Das lokale Angebot an Arbeitsplätzen in diesen Gemeinden ist zumeist gering. Das Bevölkerungswachstum ist vor allem auf den Geburtenüberschuss zurückzuführen, der für ländliche Gemeinden typisch ist.

Pendlergemeinden mit starker Flächeninanspruchnahme

Diese ländlichen Gemeinden ähneln den vorab beschriebenen in vielerlei Hinsicht. Allerdings gibt es hier eine hohe Dynamik in der Flächenumwidmung: Die baulich genutzte Fläche hat seit Beginn der 1990er Jahre stark zugenommen; die Baulandpreise sind im Vergleich zu anderen ländlichen Gemeinden auf einem hohen Niveau. Neben dem Bevölkerungswachstum können vor allem die Entwicklung von Gewerbe-, Erholungs- und Freizeitflächen hierfür ausschlaggebend sein.



Gemeindetypen

- Wirtschaftlich prosperierende städtische Gemeinden
- Überalternde und periphere städtische Gemeinden
- Pendlergemeinden mit hoher Bevölkerungsdynamik
- Ruhestands- und periphere Gemeinden
- Weitgehend stabile ländliche Gemeinden
- Pendlergemeinden mit sehr kritischer Finanzlage
- Pendlergemeinden mit starker Flächeninanspruchnahme

Datenquelle:
 Eigene Berechnungen mit Unterstützung des Statistischen Beratungslabors der LMU München
 Bosch & Partner GmbH 2008: Fitness-Check deutscher Alpenraum

Typen von Urbanisationszonen

Stabile Entwicklung bei geringer Beschäftigungsdichte

Die Situation dieser Urbanisationszonen ist in verschiedener Hinsicht von stabilen Verhältnissen gekennzeichnet. Ihre finanzielle Situation ist solide, die demographische Entwicklung ist durch Zuzug insbesondere in die Kernstädte und eine ausgeglichene Altersstruktur bestimmt.

Viele der Gemeinden haben als Pendler- oder periphere bzw. Ruhestandsgemeinden nur ein geringes Arbeitsplatzangebot. Daher ist die Beschäftigungsdichte gering.

Die Urbanisationszonen sind über wirtschaftliche Verflechtungen und Pendlerbeziehungen mit den benachbarten Agglomerationen München bzw. Salzburg verbunden. Damit ist ihre Zukunft in starkem Maße von der weiteren Entwicklung dieser Städte abhängig.

Überalterung und knappe Flächenressourcen

In den Urbanisationszonen Garmisch-Partenkirchen und Bad Reichenhall sind die Flächenressourcen knapp und die verfügbaren Flächen dicht besiedelt. Die Umnutzung von Flächen für Siedlungs- und Verkehrszwecke ist aufgrund der naturräumlichen Bedingungen gering.

Beide Urbanisationszonen sind von einem hohen Anteil an Menschen über 65 Jahre und einem vergleichsweise starken Zuzug gekennzeichnet. Die Anzahl der Arbeitsplätze geht zwar insgesamt zurück; für die Menschen im erwerbsfähigen Alter sind aber ausreichend Stellen vorhanden. Vor allem die öffentliche Verwaltung und der Dienstleistungssektor sind wichtige Arbeitgeber. Der Anteil wertschöpfungsstarker Branchen ist gering.

Dichte Besiedelung und hoher Landnutzungsdruck

Sowohl in Wolfratshausen als auch in Lindau herrscht ein hoher Druck auf die Ressource Fläche. Beide Urbanisationszonen sind bereits dicht besiedelt und haben einen hohen Anteil an Siedlungs- und Verkehrsfläche. Die Nachfrage nach weiteren Flächen ist nach wie vor hoch und Bauland entsprechend teuer.

Der Anteil an Stellen in wertschöpfungsstarken Branchen ist in beiden Urbanisationszonen hoch. Trotz des insgesamt leicht rückläufigen Arbeitsplatzangebots kann dies ein Zeichen wirtschaftlicher Stärke sein.

Verstädterung im ländlichen Umfeld

Die ländlich geprägten Urbanisationszonen Wasserburg und Buchloe liegen am Rande des Einflussbereichs der Metropolregion München. Sie sind dünn besiedelt. Die für Siedlung und Verkehr genutzten Flächen dehnen sich zwar stark aus, aber noch immer ist ihr Anteil an der Gesamtfläche vergleichsweise gering. Die demographische Entwicklung ist durch Bevölkerungswachstum, Zuzug und einen hohen Anteil von Menschen im Erwerbsalter bestimmt.

Die Attraktivität der beiden Regionen begründet sich unter anderem in niedrigen Baulandpreisen. Die Menschen in Wasserburg können zumeist vor Ort eine Stelle finden. Die Bevölkerung in Buchloe ist dagegen stärker auf die Arbeitsmärkte der umliegenden Städte wie München, Augsburg und Landsberg angewiesen.

Starke Wirtschaftskraft bei ländlicher Prägung

Die Urbanisationszone Penzberg nimmt innerhalb des deutschen Alpenraums eine Sonderstellung ein. Trotz ähn-

licher ländlicher Prägung wie in Wasserburg und Buchloe zeichnet sich Penzberg durch eine hohe wirtschaftliche Stärke aus. Hierzu tragen wesentlich ortsansässige Unternehmen aus wertschöpfungsstarken Industriebranchen bei. Folgen sind ein starkes Bevölkerungswachstum und der Zuzug von Menschen. Auch die stabile finanzielle Lage der Gemeinden ist darauf zurückzuführen.

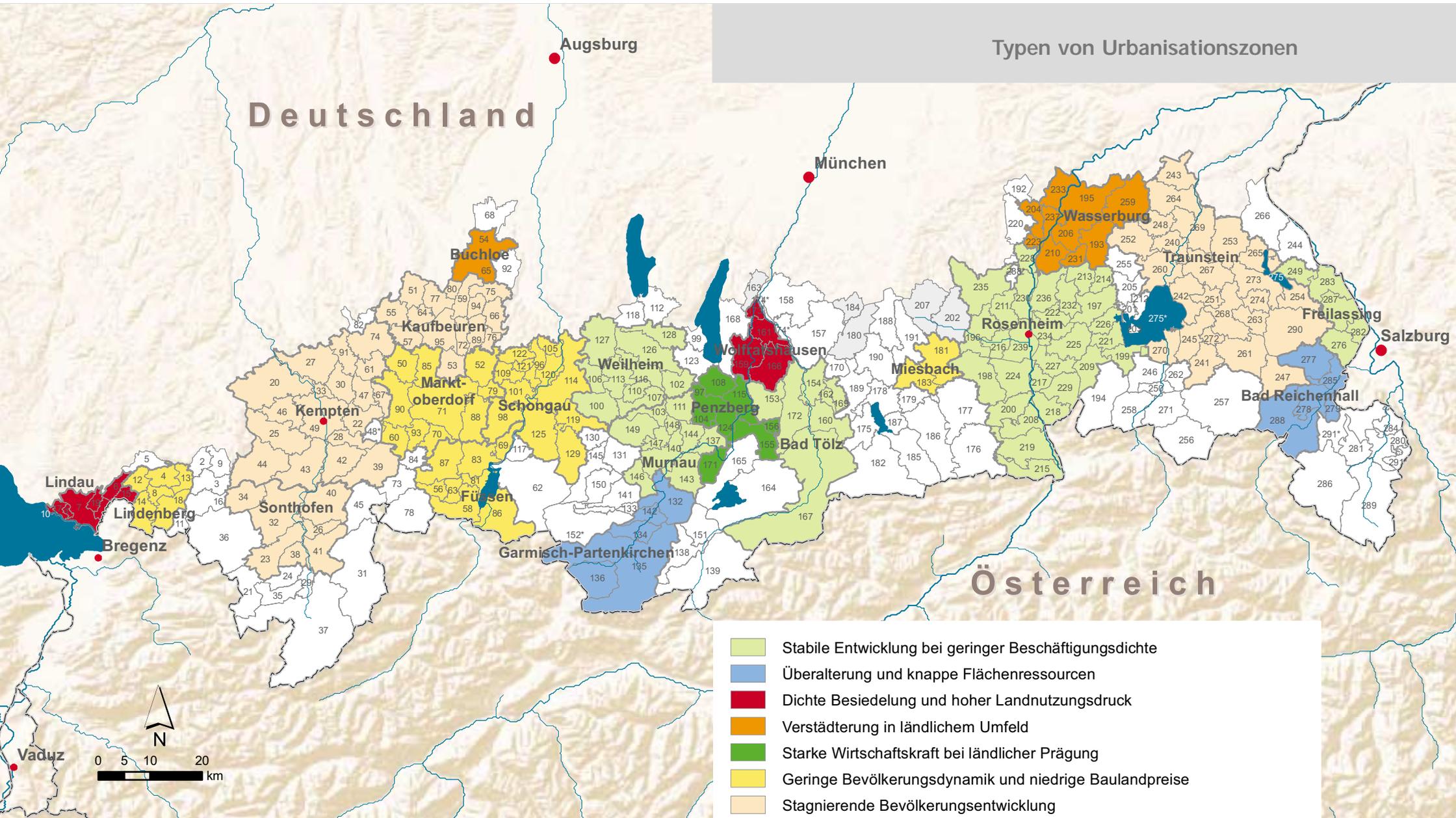
Geringe Bevölkerungsdynamik und niedrige Baulandpreise

Die Urbanisationszonen dieses Clusters sind ebenfalls eher ländlich geprägt. Von Miesbach abgesehen sind niedrige Baulandpreise ein wesentliches Merkmal; die Baulandnachfrage ist gering. Ein Grund ist die geringe Bevölkerungsdynamik der Urbanisationszonen. Ein anderer Grund ist in den oft günstig angebotenen Gewerbeflächen zu sehen, die neue Betriebe in die Regionen ziehen sollen. Vor allem in den westlichen Urbanisationszonen wird ein niedriger Flächenpreis als Instrument der Standortpolitik eingesetzt.

Stagnierende Bevölkerungsentwicklung

Die spezifischen Merkmale der Urbanisationszonen dieses Clusters sind eine stagnierende Bevölkerungsentwicklung und niedrige Zuwanderungsraten. Dennoch war in den letzten Jahren eine weitere Ausdehnung der Siedlungs- und Verkehrsflächen zu beobachten. Diese Entwicklung kann für die Zukunft eine zusätzliche Belastung der gemeindlichen Haushalte bedeuten. Hinzu kommen teilweise Probleme wie eine schrumpfender Arbeitsmarkt und eine vergleichsweise hohe Langzeitarbeitslosigkeit.

Typen von Urbanisationszonen



- Stabile Entwicklung bei geringer Beschäftigungsdichte
- Überalterung und knappe Flächenressourcen
- Dichte Besiedelung und hoher Landnutzungsdruck
- Verstädterung in ländlichem Umfeld
- Starke Wirtschaftskraft bei ländlicher Prägung
- Geringe Bevölkerungsdynamik und niedrige Baulandpreise
- Stagnierende Bevölkerungsentwicklung
- Teil der Urbanisationszone München, nicht in der Auswertung berücksichtigt
- keiner Urbanisationszone zugeordnet

Datenquelle:
Eigene Berechnungen mit Unterstützung des Statistischen Beratungslabors der LMU München
Bosch & Partner GmbH 2008: Fitness-Check deutscher Alpenraum

Von der Einzelgemeinde zur zukunftsfähigen Allianz

Nicht nur die knappen öffentlichen Haushalte, sondern auch die gestiegenen Anforderungen an Kompetenz, Spezialwissen und Wettbewerbsfähigkeit führen dazu, dass einzelgemeindliches Handeln heute nicht mehr in allen kommunalen Aufgabenfeldern zu zukunftsfähigen Lösungen führt. Die Zusammenarbeit von Gemeinden über ihre kommunalen Grenzen hinweg kann ein Schlüssel sein, den Wettbewerb zwischen Gemeinden um junge Menschen, Arbeitsplätze oder Gewerbeansiedlungen zu mildern, Synergien freizusetzen und sich gemeinsam als leistungsstarke und zukunftsfähige Allianz zu positionieren, ohne dabei die bewährten bürgernahen Strukturen der gemeindlichen Verwaltungen aufzugeben.



Städte und Gemeinden in Bayern praktizieren bereits seit langem in vielen Aufgabenbereichen interkommunale Zusammenarbeit. Sie weisen gemeinsame Gewerbegebiete aus, schließen sich zu Zweckverbänden der Wasserversorgung und Abfallentsorgung zusammen oder praktizieren gemeinsames Marketing in den Bereichen Tourismus und regionale Produkte. In den letzten Jahren kooperieren außerdem zunehmend mehr Gemeinden auf der Basis gemeinsamer Entwicklungsplanungen, häufig mit starkem Regionsbezug. Damit differenziert sich zugleich das Bild von interkommunaler Zusammenarbeit. Auf der einen Seite ist die Kooperation motiviert von der besseren Bewältigung sektoraler Aufgaben. Auf der anderen Seite kann sie aber auch - ungeachtet einzelner Fragestellungen - in einen festen Zusammenschluss von Gemeinden münden. Man spricht dann auch von einem territorialen Ansatz.

Trotz ihrer vielfältigen Erscheinungsformen sind die Möglichkeiten interkommunaler Zusammenarbeit jedoch bei weitem noch nicht ausgereizt. Gerade mit Blick auf raumrelevante Funktionen und Aufgaben entsteht neuer interkommunaler Koordinierungsbedarf. Die Rahmenbedingungen unter anderem der demographischen Entwicklung, der Arbeitskräftewanderung und der wachsenden überregionalen wirtschaftlichen Verflechtungen haben sich verändert. Eine zukunftsfähige räumliche Entwicklung erfordert die Abwendung von der klassischen Angebotsplanung hin zu flexiblen und nachfrageorientierten Strategien, die sich in den Grenzen einer einzelnen Kommune in der Regel weder konzipieren noch

Herausforderungen von heute verlangen nach gemeindeübergreifendem Denken und Handeln

sammenarbeit. Sie weisen gemeinsame Gewerbegebiete aus, schließen sich zu Zweckverbänden der Wasserversorgung und Abfallentsorgung zusammen oder praktizieren ge-

Koordinierungsbedarf für räumliche Entwicklungen nimmt zu

meinsames Marketing in den Bereichen Tourismus und regionale Produkte. In den letzten Jahren kooperieren außerdem zunehmend mehr Gemeinden auf der Basis gemeinsamer Entwicklungsplanungen, häufig mit starkem Regionsbezug. Damit differenziert sich zugleich das Bild von interkommunaler Zusammenarbeit. Auf der einen Seite ist die Kooperation motiviert von der besseren Bewältigung sektoraler Aufgaben. Auf der anderen Seite kann sie aber auch - ungeachtet einzelner Fragestellungen - in einen festen Zusammenschluss von Gemeinden münden. Man spricht dann auch von einem territorialen Ansatz.



umsetzen lassen. So haben beispielsweise viele Gemeinden in der Vergangenheit umfangreiche Gewerbeflächen festgesetzt und ausgewiesen, ohne sich darüber Gedanken zu machen, dass auch Nachbargemeinden in ähnlicher Weise handeln könnten. Dadurch sind teilweise Überkapazitäten oder Angebote entstanden, die der Nachfrage von Betrieben nicht entsprechen. Interkommunale Zusammenarbeit hilft zu vermeiden, dass am Bedarf vorbei geplant wird, und lässt Gewerbegebiete dort entstehen, wo sie räumlich am besten passen und den Anforderungen der Unternehmen gerecht werden.

Steuern und Planen im regionalen Kontext ist, insbesondere in Anbetracht der häufig sehr pauschalen Verwendung des Begriffs „Region“, keineswegs gleichzusetzen mit interkommunalem Steuern und Planen, denn Letzteres bezieht sich auf kommunale Aufgabenstellungen. Das bedeutet zugleich, dass die Größe eines interkommunalen Zusammenschlusses in Abhängigkeit von der jeweiligen Aufgabenstellung festgelegt und zugeschnitten werden sollte. Ebenso spielen Handhabbarkeit und Abstimmungsaufwand eine zentrale Rolle, denn je größer Zusammenschlüsse sind, desto

Interkommunale Zusammenarbeit ist flexibel zu gestalten

umsetzen lassen. So haben beispielsweise viele Gemeinden in der Vergangenheit umfangreiche Gewerbeflächen festgesetzt und ausgewiesen, ohne sich darüber Gedanken zu machen, dass auch Nachbargemeinden in ähnlicher Weise handeln könnten. Dadurch sind teilweise Überkapazitäten oder Angebote entstanden, die der Nachfrage von Betrieben nicht entsprechen. Interkommunale Zusammenarbeit hilft zu vermeiden, dass am Bedarf vorbei geplant wird, und lässt Gewerbegebiete dort entstehen, wo sie räumlich am besten passen und den Anforderungen der Unternehmen gerecht werden.

DIAMONT - aktiv im Oberallgäu

komplexer und aufwändiger gestalten sich in der Regel auch die Entscheidungsprozesse.

Interkommunale Zusammenarbeit lässt sich gegenüber einem einzelgemeindlichen Vorgehen nur dann rechtfertigen, wenn der erhöhte Abstimmungsaufwand und der Ertrag einer wirkungsvolleren und effizienteren Aufgabenerfüllung in einem ausgewogenen Verhältnis zueinander stehen. Jede einzelne Aufgabe ist daraufhin zu überprüfen, ob sie eine Bearbeitung auf Ebene der einzelnen Gemeinden nahe legt oder ob eine interkommunale Herangehensweise der sinnvollere Weg ist. Interkommunale Zusammenarbeit ist weniger als Tagesgeschäft zu begreifen als vielmehr auf mittel- bis langfristige Zeithorizonte ausgelegt. Vor diesem Hintergrund ist es in der Praxis der Zusammenarbeit von enormer Bedeutung, dass die „Chemie“ zwischen den Beteiligten stimmt. Denn wer kooperiert, gibt Entscheidungskompetenzen zumindest teilweise aus der Hand und muss damit rechnen, auch einmal überstimmt zu werden; er muss auch mit Kompromissen leben können.



Die im Rahmen des DIAMONT-Projekts erarbeiteten Indikatoren und recherchierten Instrumente der Regionalentwicklung wurden in sechs Testgebieten in fünf Alpenstaaten diskutiert. Zu den Testgebieten im deutschen Alpenraum gehörte die Gemeindeallianz Alpsee-Grünten mit den Städten Sonthofen und Immenstadt sowie den angrenzenden Gemeinden Blaichach, Burgberg und Rettenberg. Die Allianz wurde mit dem Ziel einer gemeindeübergreifenden touristischen Vermarktung der Region gegründet.

Ausgangssituation in der Region Alpsee-Grünten

- Es besteht ein ausgeprägter Alterungstrend der Bevölkerung bei gleichzeitiger Abwanderung vor allem gut ausgebildeter junger Menschen bzw. fehlender Rückkehr nach der Ausbildung.
- Es herrscht Mangel an qualifizierten Arbeitsplätzen.
- Die lokale Wirtschaft ist stark von einigen wenigen großen Betrieben abhängig.
- Die Bodenpreise sind überhitzt, die Flächenressourcen außerordentlich knapp.
- Der Hochwasserschutz schränkt die Entwicklungsmöglichkeiten ein.
- Die finanziellen Spielräume der Kommunen sind zum Teil sehr begrenzt.
- Die Bevölkerung nimmt wirtschaftliche Risiken in der Region nicht angemessen wahr.



Neue Felder für die interkommunale Zusammenarbeit in Alpsee-Grünten

Im Rahmen zweier Workshops (Juli und September 2007) haben die Ersten oder Zweiten Bürgermeister der fünf Gemeinden zusammen mit Vertretern der Gemeindeverwaltungen und des Landratsamts die Probleme in der Region - ausgehend von den bereitgestellten Datenanalysen - diskutiert und Perspektiven einer thematisch und strategisch erweiterten Zusammenarbeit entwickelt.

Die Workshopteilnehmer haben festgehalten:

- Die Problemlagen der fünf Gemeinden sind sich vom Grundsatz her sehr ähnlich.
- Der Fokus der wirtschaftlichen Entwicklung liegt zu stark auf dem Tourismus, ohne dass sich dessen Wertschöpfung für die Region eindeutig beziffern ließe. Im Gegensatz zum Tourismus führt die Gewerbeentwicklung bislang ein Schattendasein - sowohl in der öffentlichen Wahrnehmung als auch in der Wirtschaftsförderung. Es gibt, mit Ausnahme von einigen Ansätzen in Sonthofen, weder ein gezieltes gewerbliches Standortmarketing noch eine konsequente Bestandspflege der ortsansässigen Unternehmen.
- Um insbesondere der jüngeren Bevölkerung Perspektiven bieten zu können, ist neben dem Tourismus die gewerbliche Entwicklung stärker voranzutreiben. Ihr Stellenwert wird jedoch von der Bevölkerung unterbewertet.
- Die Flächenressourcen für die gewerbliche Entwicklung in der Region sind stark begrenzt, denn die Nutzungsinteressen unter anderem des Tourismus, der Landwirtschaft, des Hochwasser- und Naturschutzes überlagern sich sehr stark. Immenstadt, Sonthofen und Blaichach verfügen aktuell nur noch in sehr geringem Umfang über erschließbare Flächen. In Burgberg und Rettenberg sind der Gewerbeentwicklung aufgrund der dörflichen Strukturen enge Grenzen gesetzt.
- Die Bereitstellung zusätzlicher Flächen für das Gewerbe erfolgt in der Regel kurzfristig und kleinräumig ohne interkommunale Abstimmung.
- Es besteht die Bereitschaft, die Zusammenarbeit innerhalb der Allianz von der Tourismus-Werbegemeinschaft zu einer breiter agierenden Entwicklungsgesellschaft weiterzuentwickeln.

Neue Impulse für die Gemeindeallianz Alpsee-Grünten

Die DIAMONT-Workshops boten den Rahmen, den Abstimmungsbedarf für die künftige Gewerbeflächenentwicklung deutlicher zu umreißen und eine erste qualitativ-funktionale Gesamtbetrachtung der Flächensituation in den fünf Gemeinden zu versuchen. Es wurde deutlich, dass eine vertiefende Bestands- und Bedarfsanalyse notwendig ist, um die bestehenden Flächenpotenziale gemeindeübergreifend nach einheitlichen Kriterien klassifizieren zu können.

Die Workshopteilnehmer formulierten das Ziel, ihr Flächenmanagement in eine systematischere und insbesondere gemeindeübergreifende Standortentwicklung einzubinden. Diese soll mit einem kontinuierlichen Austausch mit den ansässigen Betrieben zur Erfassung ihrer Bedürfnisse beginnen und kann beispielsweise Maßnahmen der Grundstückssicherung, Bodenordnung und des Immobilienmanagements bis hin zur Vermarktung umfassen.



Literaturverzeichnis

Gemeindeverzeichnis

Literaturverzeichnis

- ¹ Tappeiner U., Borsdorf A., Tasser E. (Hrsg.) 2008: Alpenatlas. Heidelberg.
- ² Bertelsmann Stiftung (Hrsg.) 2006: Wegweiser Demographischer Wandel 2020 - Analysen und Handlungskonzepte für Städte und Gemeinden. Gütersloh.
- ³ Bayerisches Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung 2008: Interaktive Karte zur Bevölkerungsentwicklung. www.statistik.bayern.de/daten/bayern/bevoelkerung (Abruf 10.01.2008)
- ⁴ Brandt A., Franz U.-B., Wieja J. 2005: Demographie und wirtschaftliche Entwicklung. Bertelsmann Stiftung. www.wegweiserdemographie.de (Abruf 15.01.2008)
- ⁵ Bayerisches Staatsministerium für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie 2005: Daten zur Raumbesichtigung. München.
- ⁶ Bertelsmann Stiftung & Bundesministerium des Innern (Hrsg.) 2005: Erfolgreiche Integration ist kein Zufall - Strategien kommunaler Integrationspolitik. Kurzversion der Ergebnisse des Wettbewerbs zur kommunalen Integrationspolitik. www.bmi.bund.de/nn_174266/Internet/Content/Broschueren/2006/Integration__kein__Zufall.html (Abruf 15.01.2008)
- ⁷ Statistisches Bundesamt 2007: Bevölkerung Deutschlands nach Bundesländern bis 2050 - Ergebnisse der 11. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung nach Ländern. Wiesbaden. www.destatis.de (Abruf: 10.02.2008)
- ⁸ Wilke B. 2006: Die ökonomischen Auswirkungen des demographischen Wandels in Bayern. Beitrag zur Vollversammlung des BayLFA des Bayerischen Staatsministeriums für Arbeit und Sozialordnung, Mannheimer Forschungsinstitut Ökonomie und demographischer Wandel. www.mea.uni-mannheim.de/publications/meadp_106-06.pdf (Abruf: 05.01.2008)
- ⁹ Freidinger G. 2003: Kommunale Beschäftigungspolitik - Chancen und Perspektiven. der gemeinderat H. 2: S. 10-12.
- ¹⁰ Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung 2005: Raumordnungsbericht 2005. Berichte Bd. 21, Bonn.
- ¹¹ Perlik, M. 2001: Wirtschaftliche Strukturtypen als Indikator für die Verstärkung der internationalen Netzwerkeinbindung der Alpenstädte. Revue de Géographie Alpine No 1 2001: S. 87-103.
- ¹² Bayerisches Landesamt für Umwelt (Hrsg.) 2008: Umweltbericht Bayern 2007. Augsburg.
- ¹³ Umweltbundesamt 2004: Hintergrundpapier: Flächenverbrauch - ein Umweltproblem mit wirtschaftlichen Folgen. Berlin. www.umweltdaten.de/uba-info-presse/hintergrund/flaechenverbrauch.pdf (Abruf: 20.02.2008)
- ¹⁴ Bayerisches Landesamt für Umweltschutz 2007: Flächenvorsorge - Beim Flächenverbrauch „Böden gut machen“. Pressemitteilung 21/2007 vom 9.5.2007. www.lfu.bayern.de/presse/pdf/21_07.pdf (Abruf: 10.03.2008)
- ¹⁵ weitere Informationen zu diesem Thema unter: www.flaechensparen.bayern.de
- ¹⁶ Kawka R. & Sturm G. 2006: Objektive regionale Lebensbedingungen und subjektives Wohlbefinden: Was macht Bürgerinnen und Bürger zufrieden?. Informationen zur Raumentwicklung H. 6/7 (2006): S. 309-316.
- ¹⁷ GfK Geomarketing 2008: Aktuelle Marktdaten, GfK Kaufkraft 2008. <http://www.gfk-geomarketing.de/marktdaten/marktdaten.php> (Abruf: 20.01.2008)
- ¹⁸ Milbert A. 2005: Gemeindliche Einkommen. In: Leibniz-Institut für Länderkunde (Hrsg.): Nationalatlas Bundesrepublik Deutschland, Bd. 7 Arbeit und Lebensstandard. München: S. 138-139.
- ¹⁹ Blank O. 2004: Entwicklung des Einzelhandels in Deutschland - Der Beitrag des Gebietsmarketings zur Verwirklichung einzelhandelsbezogener Ziele der Raumordnungspolitik. Wiesbaden.
- ²⁰ Seitz H. 2006: Nachhaltige kommunale Finanzpolitik vor dem Hintergrund des demographischen Wandels www.wegweiser-kommune.de/themenkonzepte/finanzen/download/pdf/Nachhaltige_kommunale_Finanzpolitik.pdf (Abruf 11.03.2008).
- ²¹ Bayerische Staatszeitung - Archiv 2004: Entwicklung der kommunalen Finanzen - Schreiben der vier kommunalen Spitzenverbände zu den Verhandlungen über den Finanzausgleich. Ausgabe 32 vom 6. August 2004. www.bayerische-staatszeitung.de (Abruf 11.03.2008)
- ²² Deutscher Städtetag 2002: Gemeindefinanzbericht 2002 - Städtische Finanzen: Kollaps oder Reformen! (Kurzfassung). der städtetag 4/2002. www.deutscherstaedtetag.de/imperia/md/content/editorials/jahrgang/29.pdf (Abruf: 12.03.2008)
- ²³ Bayerisches Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung 2006: Kommunale Steuereinnahmen 2005 um knapp 590 Millionen Euro gestiegen. Pressemitteilung 37/2006/431/L vom 31.3.2006. www.statistik.bayern.de/pressemitteilungen/archiv/2006/LfStaD/37_2006.php (Abruf 11.03.2008)
- ²⁴ Bayerisches Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung 2007: Steuereinnahmen der Kommunen 2006. Pressemitteilung 39/2007/43/L vom 26.3.2007. www.statistik.bayern.de/pressemitteilungen/archiv/2007/LfStaD/39_2007.php (Abruf: 11.03.2008)
- ²⁵ Bayerischer Gemeindetag 2006: DStGB und Gemeindetag zur Unternehmensteuerreform. Pressemitteilung des Bayerischen Gemeindetags und des Deutschen Städte- und Gemeindebundes vom 22.8.2006. www.bay-gemeindetag.de/information/pressemitteilung/2006/pm1_22082006.pdf (Abruf: 10.03.2008)

Lindau (Bodensee)

- 1 Bodolz
- 2 Gestratz
- 3 Grünenbach
- 4 Heimenkirch
- 5 Hergatz
- 6 Hergensweiler
- 7 Lindau (Bodensee)
- 8 Lindenberg i. Allgäu
- 9 Maierhöfen
- 10 Nonnenhorn
- 11 Oberreute
- 12 Opfenbach
- 13 Röthenbach (Allgäu)
- 14 Scheidegg
- 15 Sigmarszell
- 16 Stiefenhofen
- 17 Wasserburg (Bodensee)
- 18 Weiler-Simmerberg

Oberallgäu

- 19 Weißensberg
- 20 Altusried
- 21 Balderschwang
- 22 Betzigau
- 23 Blaichach
- 24 Bolsterlang
- 25 Buchenberg
- 26 Burgberg i. Allgäu
- 27 Dietmannsried
- 28 Durach
- 29 Fischen i. Allgäu
- 30 Haldenwang
- 31 Hindelang
- 32 Immenstadt i. Allgäu
- 33 Lauben
- 34 Missen-Wilhams
- 35 Obermaiselstein
- 36 Oberstaufen
- 37 Oberstdorf
- 38 Ofterschwang
- 39 Oy-Mittelberg
- 40 Rettenberg
- 41 Sonthofen
- 42 Sulzberg
- 43 Waltenhofen
- 44 Weitnau
- 45 Wertach
- 46 Wiggensbach
- 47 Wildpoldsried
- 48* Gemeindefreie Gebiete

Kempten (Allgäu) (Krfr.St)

- 49 Kempten (Allgäu)

Ostallgäu

- 50 Aitrang
- 51 Baisweil
- 52 Bidingen
- 53 Biessenhofen
- 54 Buchloe
- 55 Eggenthal
- 56 Eisenberg
- 57 Friesenried
- 58 Füssen
- 59 Germaringen
- 60 Görisried
- 61 Günzach
- 62 Halblech
- 63 Hopferau
- 64 Irsee
- 65 Jengen
- 66 Kaltental
- 67 Kraftsried
- 68 Lamerdingen
- 69 Lechbruck am See
- 70 Lengenwang
- 71 Marktoberdorf
- 72 Mauerstetten
- 73 Nesselwang
- 74 Obergünzburg
- 75 Oberostendorf
- 76 Osterzell
- 77 Pforzen
- 78 Pfronten
- 79 Rettenbach a. Auerberg
- 80 Rieden
- 81 Rieden a. Forgensee
- 82 Ronsberg
- 83 Roßhaupten
- 84 Rückholz
- 85 Ruderatshofen
- 86 Schwangau
- 87 Seeg
- 88 Stötten a. Auerberg
- 89 Stöttwang
- 90 Unterthingau
- 91 Untrasried
- 92 Waal
- 93 Wald
- 94 Westendorf

Kaufbeuren (Krfr.St)

- 95 Kaufbeuren

Weilheim-Schongau

- 96 Altenstadt
- 97 Antdorf
- 98 Bernbeuren

- 99 Bernried
- 100 Böbing
- 101 Burggen
- 102 Eberfing
- 103 Eglfing
- 104 Habach
- 105 Hohenfurch
- 106 Hohenpeißenberg
- 107 Huglfing
- 108 Iffeldorf
- 109 Ingenried
- 110 Oberhausen
- 111 Obersöchering
- 112 Pahl
- 113 Peißenberg
- 114 Peiting
- 115 Penzberg
- 116 Polling
- 117 Prem
- 118 Raisting
- 119 Rottenbuch
- 120 Schongau
- 121 Schwabbruck
- 122 Schwabsoien
- 123 Seeshaupt
- 124 Sindelsdorf
- 125 Steingaden
- 126 Weilheim i. OB
- 127 Wessobrunn
- 128 Wielenbach
- 129 Wildsteig

Garmisch-Partenkirchen

- 130 Bad Bayersoien
- 131 Bad Kohlgrub
- 132 Eschenlohe
- 133 Ettal
- 134 Farchant
- 135 Garmisch-Partenkirchen
- 136 Grainau
- 137 Großweil
- 138 Krün
- 139 Mittenwald
- 140 Murnau a. Staffelsee
- 141 Oberammergau
- 142 Oberau
- 143 Ohlstadt
- 144 Riegsee
- 145 Saulgrub
- 146 Schwaigen
- 147 Seehausen a. Staffelsee
- 148 Spatzenhäuser
- 149 Uffing a. Staffelsee

- 150 Unterammergau
- 151 Wallgau
- 152 Garmisch-Partenkirchen

Bad Tölz-Wolfratshausen

- 153 Bad Heilbrunn
- 154 Bad Tölz
- 155 Benediktbeuern
- 156 Bichl
- 157 Dietramszell
- 158 Egling
- 159 Eurasburg
- 160 Gaißbach
- 161 Geretsried
- 162 Greiling
- 163 Icking
- 164 Jachenau
- 165 Kochel a. See
- 166 Königsdorf
- 167 Lenggries
- 168 Münsing
- 169 Reichersbeuern
- 170 Sachsenkam
- 171 Schlehdorf
- 172 Wackersberg
- 173 Wolfratshausen
- 174* Gemeindefreie Gebiete

Miesbach

- 175 Bad Wiessee
- 176 Bayrischzell
- 177 Fischbachau
- 178 Gmund a. Tegernsee
- 179 Hausham
- 180 Holzkirchen
- 181 Irschenberg
- 182 Kreuth
- 183 Miesbach
- 184 Otterfing
- 185 Rottach-Egern
- 186 Schliersee
- 187 Tegernsee
- 188 Valley
- 189 Waakirchen
- 190 Warngau
- 191 Weyarn

Rosenheim

- 192 Albaching
- 193 Amerang
- 194 Aschau i. Chiemgau
- 195 Babensham
- 196 Bad Aibling
- 197 Bad Endorf

- 198 Bad Feilnbach
- 199 Bernau a. Chiemsee
- 200 Brannenburg
- 201 Breitbrunn a. Chiemsee
- 202 Bruckmühl
- 203 Chiemsee
- 204 Edling
- 205 Eggstätt
- 206 Eisinging
- 207 Feldkirchen-Westerham
- 208 Flintsbach a. Inn
- 209 Frasdorf
- 210 Griesstätt
- 211 Großkarolinenfeld
- 212 Gstadt a. Chiemsee
- 213 Halfing
- 214 Höslwang
- 215 Kiefersfelden
- 216 Kolbermoor
- 217 Neubuern
- 218 Nußdorf a. Inn
- 219 Oberaudorf
- 220 Pfaffing
- 221 Prien a. Chiemsee
- 222 Prutting
- 223 Ramerberg
- 224 Raubling
- 225 Riedering
- 226 Rimsting
- 227 Rohrdorf
- 228 Rott a. Inn
- 229 Samerberg
- 230 Schechen
- 231 Schonstett
- 232 Söchtenau
- 233 Soyen
- 234 Stephanskirchen
- 235 Tuntenhausen
- 236 Vogtareuth
- 237 Wasserburg a. Inn
- 238* Gemeindefreie Gebiete

Rosenheim (Krfr.St)

- 239 Rosenheim

Traunstein

- 240 Altenmarkt a.d. Alz
- 241 Bergen
- 242 Chieming
- 243 Engelsberg
- 244 Fridolfing
- 245 Grabenstätt
- 246 Grassau
- 247 Inzell

Gemeindeverzeichnis

- 248 Kienberg
- 249 Kirchanschöring
- 250 Marquartstein
- 251 Nußdorf
- 252 Obing
- 253 Palling
- 254 Petting
- 255 Pittenhart
- 256 Reit im Winkl
- 257 Ruhpolding
- 258 Schleching
- 259 Schnaitsee
- 260 Seeon-Seebruck
- 261 Siegsdorf
- 262 Staudach-Egerndach
- 263 Surberg
- 264 Tacherting
- 265 Taching a. See
- 266 Tittmoning
- 267 Traunreut
- 268 Traunstein
- 269 Trostberg
- 270 Übersee
- 271 Unterwössen
- 272 Vachendorf
- 273 Waging a. See
- 274 Wonneberg
- 275* Gemeindefreie Gebiete

Berchtesgadener Land

- 276 Ainring
- 277 Anger
- 278 Bad Reichenhall
- 279 Bayerisch Gmain
- 280 Berchtesgaden
- 281 Bischofswiesen
- 282 Freilassing
- 283 Laufen
- 284 Marktschellenberg
- 285 Piding
- 286 Ramsau b. Berchtesgaden
- 287 Saaldorf-Surheim
- 288 Schneizlreuth
- 289 Schönau a. Königssee
- 290 Teisendorf
- 291* Gemeindefreie Gebiete

Studie im Rahmen des INTERREG IIIB-Projekts DIAMONT finanziert durch:



Bayerisches Staatsministerium für
Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz

